

## Vorblatt

### Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 121 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 8. Juli 1964 über Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten (Gesetzentwurf der Bundesregierung)

#### A. Problem

Das Übereinkommen 121 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) soll einen ausreichenden Schutz gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten gewährleisten. Dieser Schutz ist in vielen Mitgliedstaaten der IAO noch nicht gegeben. Das Übereinkommen will diesem Mangel abhelfen.

#### B. Lösung

Mit dem Übereinkommen werden ratifizierende Staaten verpflichtet, ihre Unfallversicherung auf den im Übereinkommen festgesetzten Stand zu bringen. Es überläßt dabei den ratifizierenden Staaten die Systeme und Methoden für die Leistungsgewährung frei zu wählen, sofern die Leistungen insgesamt in Höhe und Umfang den im Übereinkommen vorgeschriebenen Anforderungen genügen.

Die Ratifizierung des Übereinkommens erscheint sozialpolitisch gewährleistet. Dies um so mehr, weil das System der Unfallversicherung der Bundesrepublik Deutschland die Anforderungen des Übereinkommens in vollem Umfang erfüllt.

Um die Annahme von Abänderungen der Liste der Berufskrankheiten des Übereinkommens zu erleichtern, soll die Bundesregierung im Vertragsgesetz ermächtigt werden, solche Abänderungen anzunehmen, sofern sie dem innerstaatlichen Recht (§ 551 Abs. 1 Satz 2 RVO) entsprechen.

#### C. Alternativen

Keine.

#### D. Kosten

Keine.



**Bundesrepublik Deutschland**  
**Der Bundeskanzler**

I/4 (IV/4) — 80604 — Ue 2/71

Bonn, den 16. April 1971

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 121 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 8. Juli 1964 über Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

mit Begründung. Der Wortlaut des Übereinkommens in englischer und französischer Sprache mit deutscher Übersetzung sowie eine Denkschrift zum Übereinkommen sind beigelegt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 360. Sitzung am 18. Dezember 1970 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen. Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu dem Beschluß des Bundesrates ist in der Anlage 3 dargelegt.

**Brandt**



**Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Übereinkommen Nr. 121  
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 8. Juli 1964  
über Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Genf am 8. Juli 1964 von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation angenommenen Übereinkommen über Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

§ 616 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung wird mit Wirkung von dem Tage, an dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, wie folgt geändert:

Am Ende des Satzes 1 werden der Punkt durch ein Komma ersetzt und die Worte „wenn der Berechtigte zustimmt“ angefügt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 33 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

**Begründung**

**Zu Artikel 1**

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

**Zu Artikel 2**

Nach § 616 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung — RVO — kann einem Verletzten, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland aufgibt, oder sich gewöhnlich im Ausland aufhält, eine Abfindung auch gegen seinen Willen ausgezahlt werden. Da nach Artikel 15 des Übereinkommens eine Abfindung dem Verletzten gegen seinen Willen nicht gezahlt werden darf, steht § 616 Abs. 1 RVO insoweit zu dem Übereinkommen in Widerspruch. Der Entwurf sieht eine entsprechende Änderung vor. Es erscheint angemessen, auch die Hinterbliebenen in die neue Regelung einzubeziehen, denn es besteht kein sachlicher Grund, die Hinterbliebenen anders zu behandeln als den Verletzten. Dagegen wird davon abgesehen, in § 616 Abs. 1 RVO ausdrücklich zu bestimmen, daß die Abfindung nur zulässig ist, wenn die zuständige Stelle Grund zur Annahme hat, daß eine solche Abfindung in einer für den Verletzten besonders vorteilhaften Weise verwendet wird.

Nach dem Übereinkommen (Artikel 15) darf zwar künftig eine Abfindung nur unter dieser Voraussetzung gezahlt werden. Der Wortlaut des § 616 Abs. 1 steht dem aber nicht entgegen. Die Vorschrift ist eine „Kann-Vorschrift“, bei deren Anwendung die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung pflichtgemäß die im Übereinkommen geforderte Voraussetzung zu berücksichtigen haben.

**Zu Artikel 3**

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

**Zu Artikel 4**

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 33 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

**Schlußbemerkung**

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Übereinkommen 121

## Übereinkommen über Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Convention 121

### Convention concerning Benefits in the Case of Employment Injury

Convention 121

### Convention concernant les prestations en cas d'accidents du travail et de maladies professionnelles

(Übersetzung)

THE GENERAL CONFERENCE  
OF THE INTERNATIONAL  
LABOUR ORGANISATION,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Forty-eighth Session on 17 June 1964, and

Having decided upon the adoption of certain proposals with regard to benefits in the case of industrial accidents and occupational diseases, which is the fifth item on the agenda of the session, and

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,

adopts this eighth day of July of the year one thousand nine hundred and sixty-four the following Convention, which may be cited as the Employment Injury Benefits Convention, 1964:

## Article 1

- In this Convention—
- (a) the term "legislation" includes any social security rules as well as laws and regulations;
- (b) the term "prescribed" means determined by or in virtue of national legislation;
- (c) the term "industrial undertaking" includes all undertakings in the following branches of economic activity: mining and quarrying; manufacturing; construction; electricity, gas, water and sanitary services; and transport, storage and communication;

LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE  
DE L'ORGANISATION  
INTERNATIONALE DU TRAVAIL,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 17 juin 1964, en sa quarante-huitième session;

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives aux prestations en cas d'accidents du travail et de maladies professionnelles, question qui constitue le cinquième point à l'ordre du jour de la session;

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte, ce huitième jour de juillet mil neuf cent soixante-quatre, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur les prestations en cas d'accidents du travail et de maladies professionnelles, 1964:

## Article 1

- Aux fins de la présente convention:
- a) le terme « législation » comprend les lois et règlements, aussi bien que les dispositions statutaires en matière de sécurité sociale;
- b) le terme « prescrit » signifie déterminé par ou en vertu de la législation nationale;
- c) le terme « établissement industriel » comprend tout établissement relevant d'une des branches suivantes d'activité économique: industries extractives; industries manufacturières; bâtiment et travaux publics; électricité, gaz, eau et services sanitaires; transports, entrepôts et communications;

DIE ALLGEMEINE KONFERENZ  
DER INTERNATIONALEN  
ARBEITSORGANISATION,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 17. Juni 1964 zu ihrer achtundvierzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, eine Frage, die den fünften Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 8. Juli 1964, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, 1964, bezeichnet wird.

## Artikel 1

- In diesem Übereinkommen
- a) umfaßt der Ausdruck „Gesetzgebung“ alle Gesetze und Verordnungen sowie die satzungsmäßigen Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit;
- b) bedeutet der Ausdruck „vorgeschrieben“ von oder auf Grund der innerstaatlichen Gesetzgebung bestimmt;
- c) umfaßt der Ausdruck „gewerbliche Betriebe“ alle Betriebe in folgenden Wirtschaftszweigen: Industrie zur Gewinnung von Rohstoffen; verarbeitende Industrien; Baugewerbe und öffentliche Arbeiten; Elektrizität, Gas, Wasser und sanitäre Anlagen; Transportwesen, Lagerung und Verkehrswesen;

- (d) the term "dependent" refers to a state of dependency which is presumed to exist in prescribed cases;
- (e) the term "dependent child" covers—
- (i) a child under school-leaving age or under 15 years of age, whichever is the higher, and
- (ii) a child under a prescribed age higher than that specified in sub-clause (i) and who is an apprentice or student or has a chronic illness or infirmity disabling him for any gainful activity, on conditions laid down by national legislation: Provided that this requirement shall be deemed to be met where national legislation defines the term so as to cover any child under an age appreciably higher than that specified in sub-clause (i).
- d) le terme «à charge» vise l'état de dépendance présumé existant dans des cas prescrits;
- e) le terme «enfant à charge» désigne:
- i) un enfant qui est au-dessous de l'âge auquel la scolarité obligatoire prend fin ou un enfant de moins de quinze ans, l'âge le plus élevé devant être pris en considération;
- ii) dans des conditions prescrites, un enfant au-dessous d'un âge plus élevé que celui indiqué à l'alinéa i), lorsqu'il est placé en apprentissage, poursuit ses études ou est atteint d'une maladie chronique ou d'une infirmité le rendant inapte à l'exercice d'une activité professionnelle quelconque, à moins que la législation nationale ne définisse le terme «enfant à charge» comme comprenant tout enfant au-dessous d'un âge sensiblement plus élevé que celui indiqué à l'alinéa i).
- d) bezieht sich der Ausdruck „unterhaltsberechtigt“ auf die in vorgeschriebenen Fällen als gegeben angenommene Unterhaltsberechtigung;
- e) bezeichnet der Ausdruck „unterhaltsberechtigtes Kind“
- i) ein Kind unter dem Alter, in dem die Schulpflicht endet, oder ein Kind unter fünfzehn Jahren, wobei die höhere Altersgrenze in Betracht zu ziehen ist, und
- ii) unter vorgeschriebenen Bedingungen ein Kind unter einer vorgeschriebenen Altersgrenze, die höher als die in Unterabsatz i) angegebene ist, sofern dieses Kind Lehrling oder Student ist oder infolge einer chronischen Krankheit oder Behinderung erwerbsunfähig ist; diese Bedingung gilt als erfüllt, wenn die innerstaatliche Gesetzgebung diesen Ausdruck so bestimmt, daß er alle Kinder unter einer Altersgrenze einbezieht, die erheblich höher ist als die in Unterabsatz i) angegebene.

## Article 2

1. A Member whose economic and medical facilities are insufficiently developed may avail itself by a declaration accompanying its ratification of the temporary exceptions provided for in the following Articles: Article 5, Article 9, paragraph 3, clause (b), Article 12, Article 15, paragraph 2, and Article 18, paragraph 3. Any such declaration shall state the reason for such exceptions.

2. Each Member which has made a declaration under paragraph 1 of this Article shall include in its report upon the application of this Convention submitted under article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation a statement in respect of each exception of which it avails itself—

- (a) that its reason for doing so subsists; or
- (b) that it renounces its right to avail itself of the exception in question as from a stated date.

## Article 3

1. Any Member which ratifies this Convention may, by a declaration accompanying its ratification, exclude from the application of the Convention—

- (a) seafarers, including seafishermen,
- (b) public servants, where these categories are protected by special schemes which provide in

## Article 2

1. Un Membre dont l'économie et les ressources médicales n'ont pas atteint un développement suffisant peut, par une déclaration motivée accompagnant sa ratification, se réserver le bénéfice des dérogations temporaires figurant dans les articles suivants: 5, 9, paragraphe 3, alinéa b), 12, 15, paragraphe 2, et 18, paragraphe 3.

2. Tout Membre qui a fait une déclaration en application du paragraphe 1 du présent article doit, dans les rapports sur l'application de la présente convention qu'il est tenu de présenter en vertu de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, faire connaître à propos de chacune des dérogations dont il s'est réservé le bénéfice:

- a) soit que les raisons qu'il a eues pour ce faire existent toujours;
- b) soit qu'il renonce, à partir d'une date déterminée, à se prévaloir de la dérogation en question.

## Article 3

1. Tout Membre qui ratifie la présente convention peut, par une déclaration accompagnant sa ratification, exclure de l'application de la convention:

- a) les gens de mer, y compris les marins pêcheurs;
- b) les agents de la fonction publique; lorsque ces catégories sont protégées par des régimes spéciaux qui oc-

## Artikel 2

1. Ein Mitglied, dessen Entwicklung auf wirtschaftlichem und medizinischem Gebiet noch ungenügend ist, kann durch eine seiner Ratifikation beigefügte begründete Erklärung die in den folgenden Artikeln vorgesehenen zeitweiligen Ausnahmen für sich in Anspruch nehmen: Artikel 5, Artikel 9 Absatz 3 Unterabsatz b), Artikel 12, Artikel 15 Absatz 2 und Artikel 18 Absatz 3.

2. Jedes Mitglied, das eine Erklärung nach Absatz 1 dieses Artikels abgegeben hat, hat in seinen nach Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vorzulegenden Berichten über die Durchführung dieses Übereinkommens in bezug auf jede von ihm in Anspruch genommene Ausnahme anzugeben,

- a) daß die Gründe hierfür weiterbestehen oder
- b) daß es von einem bestimmten Zeitpunkt an darauf verzichtet, die Ausnahme weiter in Anspruch zu nehmen.

## Artikel 3

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, kann durch eine seiner Ratifikationsurkunde beigefügte Erklärung vom Geltungsbereich des Übereinkommens ausschließen

- a) die Seeleute, einschließlich der Seefischer,
- b) die öffentlichen Bediensteten, sofern diese Gruppen durch Sonder-systeme geschützt sind, die im ganzen

the aggregate benefits at least equivalent to those required by this Convention.

2. Where a declaration under paragraph 1 of this Article is in force, the Member may exclude the persons belonging to the category or categories excluded from the application of the Convention from the number of employees when calculating the percentage of employees in compliance with paragraph 2, clause (d), of Article 4, and with Article 5.

3. Any Member which has made a declaration under paragraph 1 of this Article may subsequently notify the Director-General of the International Labour Office that it accepts the obligations of this Convention in respect of a category or categories excluded at the time of its ratification.

#### Article 4

1. National legislation concerning employment injury benefits shall protect all employees, including apprentices, in the public and private sectors, including co-operatives, and, in respect of the death of the breadwinner, prescribed categories of beneficiaries.

2. Any Member may make such exceptions as it deems necessary in respect of—

- (a) persons whose employment is of a casual nature and who are employed otherwise than for the purpose of the employer's trade or business;
- (b) out-workers;
- (c) members of the employer's family living in his house, in respect of their work for him;
- (d) other categories of employees, which shall not exceed in number 10 per cent. of all employees other than those excluded under clauses (a) to (c).

#### Article 5

Where a declaration provided for in Article 2 is in force, the application of national legislation concerning employment injury benefits may be limited to prescribed categories of employees, which shall total in number not less than 75 per cent. of all employees in industrial undertakings, and, in respect of the death of the breadwinner, prescribed categories of beneficiaries.

troient, au total, des prestations au moins équivalentes à celles prévues par la présente convention.

2. Lorsqu'une déclaration faite en application du paragraphe précédent est en vigueur, le Membre peut exclure les personnes visées par cette déclaration du nombre des salariés pris en compte pour le calcul du pourcentage des salariés prévu à l'article 4, paragraphe 2, alinéa d), et à l'article 5.

3. Tout Membre qui a fait une déclaration conformément au paragraphe 1 du présent article peut, par la suite, notifier au Directeur général du Bureau international du Travail qu'il accepte les obligations de la présente convention en ce qui concerne la ou les catégories exclues lors de sa ratification.

#### Article 4

1. La législation nationale concernant les prestations en cas d'accidents du travail et de maladies professionnelles doit protéger tous les salariés (y compris les apprentis) des secteurs privés ou publics, y compris des coopératives et, en cas de décès du soutien de famille, les catégories prescrites de bénéficiaires.

2. Toutefois, chaque Membre pourra prévoir telles exceptions qu'il estimera nécessaires en ce qui concerne:

- a) les personnes exécutant des travaux occasionnels étrangers à l'entreprise de l'employeur;
- b) les travailleurs à domicile;
- c) les membres de la famille de l'employeur, vivant sous son toit, dans la mesure où ils travaillent pour lui;
- d) d'autres catégories de salariés dont le nombre ne devra pas excéder 10 pour cent de l'ensemble des salariés autres que ceux qui sont exclus en application des alinéas a) à c) ci-dessus.

#### Article 5

Lorsqu'une déclaration faite en application de l'article 2 est en vigueur, l'application de la législation nationale concernant les prestations en cas d'accidents du travail et de maladies professionnelles peut être limitée à des catégories prescrites de salariés représentant au total 75 pour cent au moins de l'ensemble des salariés dans les établissements industriels et, en cas de décès du soutien de famille, à des catégories prescrites de bénéficiaires.

Leistungen gewähren, die den in diesem Übereinkommen vorgesehenen mindestens gleichwertig sind.

2. Ist eine nach Absatz 1 dieses Artikels abgegebene Erklärung in Kraft, so kann das betreffende Mitglied die in dieser Erklärung genannten Personen von der Zahl der Arbeitnehmer ausschließen, die bei der Berechnung des in Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz d) und in Artikel 5 erwähnten Hundertsatzes der Arbeitnehmer zu berücksichtigen sind.

3. Jedes Mitglied, das eine Erklärung nach Absatz 1 dieses Artikels abgegeben hat, kann in der Folge dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes mitteilen, daß es die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen für die bei der Ratifikation ausgeschlossene Gruppe oder Gruppen übernimmt.

#### Artikel 4

1. Die innerstaatliche Gesetzgebung über Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten hat alle Arbeitnehmer (einschließlich der Lehrlinge), die im öffentlichen und privaten Bereich einschließlich der Genossenschaften beschäftigt sind, sowie bei Tod des Ernährers vorgeschriebene Gruppen von Leistungsempfängern zu schützen.

2. Jedes Mitglied kann die ihm erforderlich erscheinenden Ausnahmen treffen in bezug auf

- a) Personen, die zu gelegentlichen und dem Betriebszweck fremden Arbeiten verwendet werden;
- b) Heimarbeiter;
- c) Familienangehörige des Arbeitgebers, die in seinem Haushalt leben, in bezug auf die für ihn verrichtete Arbeit;
- d) andere Gruppen von Arbeitnehmern, deren Zahl 10 vom Hundert der Gesamtzahl aller Arbeitnehmer, die nicht nach den Unterabsätzen a) bis c) ausgeschlossen sind, nicht übersteigen darf.

#### Artikel 5

Ist eine nach Artikel 2 abgegebene Erklärung in Kraft, so kann die Anwendung der innerstaatlichen Gesetzgebung über Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten auf vorgeschriebene Gruppen von Arbeitnehmern, deren Gesamtzahl mindestens 75 vom Hundert aller Arbeitnehmer in gewerblichen Betrieben ausmachen muß, und bei Tod des Ernährers auf vorgeschriebene Gruppen von Leistungsempfängern beschränkt werden.

## Article 6

The contingencies covered shall include the following where due to an employment injury:

- (a) a morbid condition;
- (b) incapacity for work resulting from such a condition and involving suspension of earnings, as defined by national legislation;
- (c) total loss of earning capacity or partial loss thereof in excess of a prescribed degree, likely to be permanent, or corresponding loss of faculty; and
- (d) the loss of support suffered as the result of the death of the breadwinner by prescribed categories of beneficiaries.

## Article 7

1. Each Member shall prescribe a definition of "industrial accident", including the conditions under which a commuting accident is considered to be an industrial accident, and shall specify the terms of such definition in its reports upon the application of this Convention submitted under article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation.

2. Where commuting accidents are covered by social security schemes other than employment injury schemes, and these schemes provide in respect of commuting accidents benefits which, when taken together, are at least equivalent to those required under this Convention, it shall not be necessary to make provision for commuting accidents in the definition of "industrial accident".

## Article 8

Each Member shall—

- (a) prescribe a list of diseases, comprising at least the diseases enumerated in Schedule I to this Convention, which shall be regarded as occupational diseases under prescribed conditions; or
- (b) include in its legislation a general definition of occupational diseases broad enough to cover at least the diseases enumerated in Schedule I to this Convention; or

## Article 6

Les éventualités couvertes doivent comprendre les éventualités suivantes, lorsqu'elles sont dues à un accident du travail ou à une maladie professionnelle:

- a) état morbide;
- b) incapacité de travail résultant d'un état morbide et entraînant la suspension du gain, telle qu'elle est définie par la législation nationale;
- c) perte totale de la capacité de gain ou perte partielle de la capacité de gain au-dessus d'un degré prescrit, lorsqu'il est probable que cette perte totale ou partielle sera permanente, ou diminution correspondante de l'intégrité physique;
- d) perte de moyens d'existence subie, du fait du décès du soutien de famille, par des catégories prescrites de bénéficiaires.

## Article 7

1. Tout Membre doit prescrire une définition de l'« accident du travail » comportant les conditions dans lesquelles l'accident de trajet est réputé être accident du travail, et doit, dans les rapports sur l'application de la présente convention qu'il est tenu de présenter en vertu de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, spécifier les termes de cette définition.

2. Lorsque les accidents de trajet sont déjà visés par les régimes de sécurité sociale autres que ceux relatifs à la réparation des accidents du travail et que ces régimes prévoient, en cas d'accidents de trajet, des prestations dans leur ensemble au moins équivalentes à celles prévues par la présente convention, il ne sera pas nécessaire de faire mention des accidents de trajet dans le cadre de la définition des « accidents du travail ».

## Article 8

Tout Membre doit:

- a) soit établir, par voie de législation, une liste des maladies comprenant au moins les maladies énumérées au tableau I joint à la présente convention et qui seront reconnues comme maladies professionnelles dans des conditions prescrites;
- b) soit inclure dans sa législation une définition générale des maladies professionnelles qui devra être suffisamment large pour couvrir au moins les maladies énumérées au tableau I joint à la présente convention;

## Artikel 6

Die gedeckten Fälle haben, wenn sie auf einem Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit beruhen, folgendes zu umfassen:

- a) Krankheitszustand;
- b) Arbeitsunfähigkeit, die sich aus einem Krankheitszustand ergibt und Verdienstausfall zur Folge hat, gemäß der in der innerstaatlichen Gesetzgebung enthaltenen Begriffsbestimmung;
- c) völligen Verlust der Erwerbsfähigkeit oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit über einen vorgeschriebenen Grad hinaus, wenn dieser völlige oder teilweise Verlust voraussichtlich dauernd ist, oder entsprechende Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit;
- d) Verlust der Unterhaltsmittel, den vorgeschriebene Gruppen von Leistungsempfängern durch den Tod des Ernährers erleiden.

## Artikel 7

1. Jedes Mitglied hat eine Begriffsbestimmung des „Arbeitsunfalls“ vorzuschreiben, die auch angibt, unter welchen Bedingungen ein Unfall auf dem Arbeitsweg als Arbeitsunfall gilt, und diese Begriffsbestimmung in seinen nach Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vorzulegenden Berichten über die Durchführung dieses Übereinkommens anzugeben.

2. Werden Unfälle auf dem Arbeitsweg von anderen Systemen der Sozialen Sicherheit erfaßt als solchen, die Leistungen bei Arbeitsunfällen gewähren, und gewähren diese Systeme bei Unfällen auf dem Arbeitsweg Leistungen, die in ihrer Gesamtheit den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Leistungen mindestens gleichwertig sind, so braucht in der Begriffsbestimmung des „Arbeitsunfalls“ auf Unfälle auf dem Arbeitsweg nicht Bezug genommen zu werden.

## Artikel 8

Jedes Mitglied hat

- a) in seiner Gesetzgebung eine Liste von Krankheiten aufzustellen, die unter vorgeschriebenen Bedingungen als Berufskrankheiten gelten, wobei diese Liste mindestens die in Tabelle I zu diesem Übereinkommen aufgezählten Krankheiten umfassen muß; oder
- b) in seine Gesetzgebung eine allgemeine Begriffsbestimmung der Berufskrankheiten aufzunehmen, die umfassend genug ist, um mindestens die in Tabelle I zu diesem Übereinkommen aufgezählten Krankheiten zu decken; oder

(c) prescribe a list of diseases in conformity with clause (a), complemented by a general definition of occupational diseases or by other provisions for establishing the occupational origin of diseases not so listed or manifesting themselves under conditions different from those prescribed.

c) soit établir, par voie de législation, une liste de maladies conformément à l'alinéa a), complétée par une définition générale des maladies professionnelles ou par des dispositions permettant d'établir l'origine professionnelle de maladies autres que celles qui figurent sur la liste ou de maladies qui ne se manifestent pas dans les conditions prescrites.

c) in seiner Gesetzgebung eine Liste von Krankheiten gemäß Unterabsatz a) aufzustellen, die durch eine allgemeine Begriffsbestimmung der Berufskrankheiten oder durch andere Bestimmungen ergänzt wird, die es erlauben, den berufsbedingten Ursprung von Krankheiten festzustellen, die nicht in der Liste enthalten sind oder unter anderen als den vorgeschriebenen Bedingungen auftreten.

#### Article 9

1. Each Member shall secure to the persons protected, subject to prescribed conditions, the provision of the following benefits:

- (a) medical care and allied benefits in respect of a morbid condition;
- (b) cash benefits in respect of the contingencies specified in Article 6, clauses (b), (c) and (d).

2. Eligibility for benefits may not be made subject to the length of employment, to the duration of insurance or to the payment of contributions: Provided that a period of exposure may be prescribed for occupational diseases.

3. The benefits shall be granted throughout the contingency: Provided that in respect of incapacity for work the cash benefit need not be paid for the first three days—

- (a) where the legislation of a Member provides for a waiting period at the date on which this Convention comes into force, on condition that the Member includes in its reports upon the application of this Convention submitted under article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation a statement that its reason for availing itself of this provision subsists; or
- (b) where a declaration provided for in Article 2 is in force.

#### Article 10

1. Medical care and allied benefits in respect of a morbid condition shall comprise—

- (a) general practitioner and specialist in-patient and out-patient care, including domiciliary visiting;
- (b) dental care;
- (c) nursing care at home or in hospital or other medical institutions;

#### Article 9

1. Tout Membre doit garantir aux personnes protégées, conformément aux conditions prescrites, l'attribution des prestations suivantes:

- a) soins médicaux et services connexes en cas d'état morbide;
- b) prestations en espèces dans les éventualités visées aux alinéas b), c) et d) de l'article 6.

2. L'ouverture du droit aux prestations ne peut être subordonnée à la durée de l'emploi, à la durée de l'affiliation à l'assurance, ou au versement des cotisations; toutefois, en ce qui concerne les maladies professionnelles, une durée d'exposition au risque peut être prescrite.

3. Les prestations doivent être accordées pendant toute la durée de l'éventualité. Toutefois, en ce qui concerne l'incapacité de travail, la prestation en espèces pourra ne pas être servie pour les trois premiers jours:

- a) lorsque la législation d'un Membre prévoit un délai de carence à la date de l'entrée en vigueur de la présente convention et à la condition que le Membre fasse connaître, dans les rapports sur l'application de la convention qu'il est tenu de présenter en vertu de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, que les raisons qu'il a eues pour se prévaloir de la dérogation existent toujours;
- b) lorsqu'une déclaration faite en application de l'article 2 est en vigueur.

#### Article 10

1. Les soins médicaux et services connexes en cas d'état morbide doivent comprendre:

- a) les soins de praticiens de médecine générale et de spécialistes à des personnes hospitalisées ou non hospitalisées, y compris les visites à domicile;
- b) les soins dentaires;
- c) les soins infirmiers, soit à domicile, soit dans un hôpital ou dans une autre institution médicale;

#### Artikel 9

1. Jedes Mitglied hat nach vorgeschriebenen Bedingungen den geschützten Personen die Gewährung folgender Leistungen zu sichern:

- a) ärztliche Betreuung und damit zusammenhängende Leistungen bei Krankheitszustand;
- b) Barleistungen in den in Artikel 6 Unterabsatz b), c) und d) angeführten Fällen.

2. Die Leistungsberechtigung darf nicht von der Beschäftigungszeit, der Versicherungszeit oder der Beitragszahlung abhängig gemacht werden, doch kann bei Berufskrankheiten vorgeschrieben werden, daß der Verletzte der Gefahr während einer bestimmten Dauer ausgesetzt war.

3. Die Leistungen sind während der ganzen Dauer des Falles zu gewähren. Bei Arbeitsunfähigkeit braucht jedoch die Barleistung für die ersten drei Tage nicht gezahlt zu werden,

- a) wenn die innerstaatliche Gesetzgebung im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens eine Karenzzeit vorsieht, mit der Auflage, daß das Mitglied in seinen nach Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vorzulegenden Berichten über die Durchführung dieses Übereinkommens angibt, daß die Gründe, aus denen es diese Bestimmung in Anspruch nimmt, fortbestehen;
- b) wenn eine nach Artikel 2 abgegebene Erklärung in Kraft ist.

#### Artikel 10

1. Die ärztliche Betreuung und die damit zusammenhängenden Leistungen bei Krankheitszustand haben zu umfassen:

- a) Betreuung durch praktische Ärzte und durch Fachärzte in Form von stationärer oder ambulanter Behandlung, einschließlich der Hausbesuche;
- b) Zahnbehandlung;
- c) Betreuung durch Pflegepersonal zu Hause oder in einem Krankenhaus oder einer anderen Pflegestätte;

- |   |  |  |
|---|--|--|
| <p>(d) maintenance in hospitals, convalescent homes, sanatoria or other medical institutions;</p> <p>(e) dental, pharmaceutical and other medical or surgical supplies, including prosthetic appliances kept in repair and renewed as necessary, and eyeglasses;</p> <p>(f) the care furnished by members of such other professions as may at any time be legally recognised as allied to the medical profession, under the supervision of a medical or dental practitioner; and</p> <p>(g) the following treatment at the place of work, wherever possible:</p> <p style="padding-left: 20px;">(i) emergency treatment of persons sustaining a serious accident;</p> <p style="padding-left: 20px;">(ii) follow-up treatment of those whose injury is slight and does not entail discontinuance of work.</p> | <p>d) l'entretien dans un hôpital, une maison de convalescence, un sanatorium ou une autre institution médicale;</p> <p>e) les fournitures dentaires, pharmaceutiques et autres fournitures médicales ou chirurgicales, y compris les appareils de prothèse, leur entretien et leur remplacement éventuel, ainsi que les lunettes;</p> <p>f) les soins fournis par un membre d'une autre profession légalement reconnue comme connexe à la profession médicale, sous la surveillance d'un médecin ou d'un dentiste;</p> <p>g) dans la mesure du possible, les soins suivants sur les lieux de travail:</p> <p style="padding-left: 20px;">i) soins d'urgence aux victimes d'accidents graves;</p> <p style="padding-left: 20px;">ii) soins renouvelés aux victimes de blessures légères n'entraînant pas l'arrêt du travail;</p> | <p>d) Unterbringung in einem Krankenhaus, einem Erholungsheim, einer Heilanstalt oder einer anderen Pflegestelle;</p> <p>e) zahnärztliche, pharmazeutische und andere ärztliche oder chirurgische Heil- und Hilfsmittel, einschließlich der Körperersatzstücke und ihrer Instandhaltung und allenfalls notwendigen Erneuerung, sowie Brillen;</p> <p>f) Betreuung durch Angehörige anderer Berufe, deren Verbundenheit mit dem ärztlichen Beruf gesetzlich anerkannt ist, unter der Überwachung eines Arztes oder Zahnarztes;</p> <p>g) soweit möglich, die folgende Behandlung in der Arbeitsstätte:</p> <p style="padding-left: 20px;">i) Notbehandlung bei schweren Unfällen;</p> <p style="padding-left: 20px;">ii) Nachbehandlung Leichtverletzter, deren Verletzung nicht zu einer Arbeitsunterbrechung führt.</p> |
|---|--|--|

2. The benefits provided in accordance with paragraph 1 of this Article shall be afforded, using all suitable means, with a view to maintaining, restoring or, where this is not possible, improving the health of the injured person and his ability to work and to attend to his personal needs.

2. Les prestations fournies conformément au paragraphe 1 du présent article doivent tendre, par tous les moyens appropriés, à préserver, à rétablir ou, si cela n'est pas possible, à améliorer la santé de la victime, ainsi que son aptitude à travailler et à faire face à ses besoins personnels.

2. Die nach Absatz 1 dieses Artikels gewährten Leistungen haben darauf abzielen, die Gesundheit der verletzten Personen sowie deren Arbeitsfähigkeit und Fähigkeit zur Besorgung ihrer persönlichen Angelegenheiten mit allen geeigneten Mitteln zu erhalten, wiederherzustellen oder, wenn dies nicht möglich ist, zu bessern.

#### Article 11

1. Any Member which provides medical care and allied benefits by means of a general health scheme or a medical care scheme for employed persons may specify in its legislation that such care shall be made available to persons who have sustained employment injuries on the same terms as to other persons entitled thereto, on condition that the rules on the subject are so designed as to avoid hardship.

2. Any Member which provides medical care and allied benefits by reimbursing expenses may in its legislation make special rules in respect of cases in which the extent, duration or cost of such care exceed reasonable limits, on condition that the rules on the subject are not inconsistent with the purpose stated in paragraph 2 of Article 10 and are so designed as to avoid hardship.

#### Article 11

1. Tout Membre qui fournit les soins médicaux et les services connexes par un régime général de santé ou par un régime de soins médicaux couvrant les salariés peut prévoir, dans sa législation, que ces soins seront dispensés aux victimes d'accidents du travail et de maladies professionnelles dans les mêmes conditions qu'aux autres ayants droit, sous réserve que les règles en la matière soient élaborées de telle sorte que les intéressés ne se trouvent pas dans le besoin.

2. Tout Membre qui fournit les soins médicaux et services connexes sous forme de remboursement des dépenses assumées par la victime peut prévoir, dans sa législation, des règles particulières pour les cas où l'étendue, la durée ou le coût desdits soins et services dépasseraient des limites raisonnables, sous réserve que lesdites règles n'aillent pas à l'encontre des buts visés au paragraphe 2 de l'article 10 et qu'elles soient élaborées de telle sorte que les intéressés ne se trouvent pas dans le besoin.

#### Artikel 11

1. Jedes Mitglied, das die ärztliche Betreuung und die damit zusammenhängenden Leistungen durch ein allgemeines System des Gesundheitsschutzes oder ein alle Arbeitnehmer einbeziehendes System für ärztliche Betreuung gewährt, kann in seiner Gesetzgebung vorsehen, daß diese Betreuung Personen, die Arbeitsunfälle erlitten oder sich Berufskrankheiten zugezogen haben, unter den gleichen Bedingungen zu gewähren ist wie anderen Leistungsberechtigten, sofern die diesbezüglichen Vorschriften so gefaßt sind, daß Härten vermieden werden.

2. Jedes Mitglied, das die ärztliche Betreuung und die damit zusammenhängenden Leistungen in Form einer Vergütung der Ausgaben gewährt, kann in seiner Gesetzgebung besondere Vorschriften für Fälle erlassen, in denen das Ausmaß, die Dauer oder die Kosten dieser Betreuung zumutbare Grenzen überschreiten, sofern diese Vorschriften mit dem in Artikel 10 Absatz 2 angegebenen Zweck vereinbar und so gefaßt sind, daß Härten vermieden werden.

## Article 12

Where a declaration provided for in Article 2 is in force, medical care and allied benefits shall include at least—

- (a) general practitioner care, including domiciliary visiting;
- (b) specialist care at hospitals for in-patients and out-patients, and such specialist care as may be available outside hospitals;
- (c) the essential pharmaceutical supplies on prescription by a medical or other qualified practitioner;
- (d) hospitalisation, where necessary; and
- (e) wherever possible, emergency treatment at the place of work of persons sustaining an industrial accident.

## Article 13

The cash benefit in respect of temporary or initial incapacity for work shall be a periodical payment calculated in such a manner as to comply either with the requirements of Article 19 or with the requirements of Article 20.

## Article 14

1. Cash benefits in respect of loss of earning capacity likely to be permanent or corresponding loss of faculty shall be payable in all cases in which such loss, in excess of a prescribed degree, remains at the expiration of the period during which benefits are payable in accordance with Article 13.

2. In case of total loss of earning capacity likely to be permanent or corresponding loss of faculty, the benefit shall be a periodical payment calculated in such a manner as to comply either with the requirements of Article 19 or with the requirements of Article 20.

3. In case of substantial partial loss of earning capacity likely to be permanent which is in excess of a prescribed degree, or corresponding loss of faculty, the benefit shall be a periodical payment representing a suitable proportion of that provided for in paragraph 2 of this Article.

4. In case of partial loss of earning capacity likely to be permanent which is not substantial but which is in ex-

## Article 12

Lorsqu'une déclaration faite en application de l'article 2 est en vigueur, les soins médicaux et services connexes doivent comprendre au moins:

- a) les soins de praticiens de médecine générale, y compris les visites à domicile;
- b) les soins de spécialistes donnés dans les hôpitaux à des patients hospitalisés ou non hospitalisés, et les soins de spécialistes qui peuvent être donnés hors des hôpitaux;
- c) la fourniture de produits pharmaceutiques essentiels, sur ordonnance d'un médecin ou d'un autre praticien qualifié;
- d) l'hospitalisation, lorsqu'elle est nécessaire;
- e) dans la mesure du possible, sur les lieux de travail, des soins d'urgence aux victimes d'accidents du travail.

## Article 13

En cas d'incapacité de travail temporaire ou d'incapacité de travail se trouvant dans sa phase initiale, la prestation en espèces sera un paiement périodique calculé conformément aux dispositions, soit de l'article 19, soit de l'article 20.

## Article 14

1. En cas de perte de la capacité de gain, lorsqu'il est probable que cette perte sera permanente, ou en cas de diminution correspondante de l'intégrité physique, les prestations en espèces seront servies dans tous les cas où cette perte ou cette diminution dépassent un degré prescrit et subsistent à l'expiration de la période durant laquelle des prestations sont dues, conformément à l'article 13.

2. En cas de perte totale de la capacité de gain, lorsqu'il est probable que cette perte sera permanente, ou en cas de diminution correspondante de l'intégrité physique, la prestation sera un paiement périodique calculé conformément aux dispositions, soit de l'article 19, soit de l'article 20.

3. En cas de perte partielle substantielle de la capacité de gain au-dessus d'un degré prescrit, lorsqu'il est probable que cette perte sera permanente, ou en cas de diminution correspondante de l'intégrité physique, la prestation sera un paiement périodique correspondant à une proportion équitable de celle qui est prévue au paragraphe 2 ci-dessus.

4. En cas de toute autre perte partielle de la capacité de gain au-dessus du degré prescrit visé au paragraphe 1

## Artikel 12

Ist eine nach Artikel 2 abgegebene Erklärung in Kraft, so haben die ärztliche Betreuung und die damit zusammenhängenden Leistungen mindestens zu umfassen:

- a) Betreuung durch praktische Ärzte einschließlich der Hausbesuche;
- b) Betreuung durch Fachärzte in Krankenhäusern in Form von stationärer oder ambulanter Behandlung und Betreuung durch Fachärzte, soweit sie außerhalb der Krankenhäuser gewährt werden kann;
- c) Gewährung der hauptsächlichen Arzneien und Heilmittel auf Grund der Verordnung eines Arztes oder einer anderen zur Behandlung zugelassenen Person;
- d) Krankenhauspflege, wenn erforderlich; und
- e) soweit möglich, bei Arbeitsunfällen Notbehandlung in der Arbeitsstätte.

## Artikel 13

Die Barleistung bei vorübergehender oder beginnender Arbeitsunfähigkeit hat in einer regelmäßig wiederkehrenden Zahlung zu bestehen, die entweder nach Artikel 19 oder nach Artikel 20 berechnet wird.

## Artikel 14

1. Die Barleistungen bei voraussichtlich dauerndem Verlust der Erwerbsfähigkeit oder entsprechender Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit sind in allen Fällen zu zahlen, in denen der Verlust oder die Minderung einen vorgeschriebenen Grad überschreitet und nach Ablauf der Zeit fortbesteht, während der Leistungen nach Artikel 13 zu gewähren sind.

2. Bei völligem und voraussichtlich dauerndem Verlust der Erwerbsfähigkeit oder entsprechender Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit hat die Leistung in einer regelmäßig wiederkehrenden Zahlung zu bestehen, die entweder nach Artikel 19 oder nach Artikel 20 berechnet wird.

3. Bei erheblichem teilweisem und voraussichtlich dauerndem Verlust der Erwerbsfähigkeit, der einen vorgeschriebenen Grad überschreitet, oder bei entsprechender Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit hat die Leistung in einer regelmäßig wiederkehrenden Zahlung zu bestehen, die in einem angemessenen Verhältnis zu der in Absatz 2 dieses Artikels vorgesehenen Leistung steht.

4. Bei teilweisem und voraussichtlich dauerndem Verlust der Erwerbsfähigkeit, der nicht erheblich ist, aber

cess of the prescribed degree referred to in paragraph 1 of this Article, or corresponding loss of faculty, the cash benefit may take the form of a lump-sum payment.

5. The degrees of loss of earning capacity or corresponding loss of faculty referred to in paragraphs 1 and 3 of this Article shall be prescribed in such manner as to avoid hardship.

#### Article 15

1. In exceptional circumstances, and with the agreement of the injured person, all or part of the periodical payment provided for in paragraphs 2 and 3 of Article 14 may be converted into a lump sum corresponding to the actuarial equivalent thereof when the competent authority has reason to believe that such lump sum will be utilised in a manner which is particularly advantageous for the injured person.

2. Where a declaration provided for in Article 2 is in force and the Member concerned considers that it lacks the necessary administrative facilities for periodical payments, the periodical payment provided for in paragraphs 2 and 3 of Article 14 may be converted into a lump sum corresponding to the actuarial equivalent thereof, as computed on the basis of available data.

#### Article 16

Increments in periodical payments or other supplementary or special benefits, as prescribed, shall be provided for disabled persons requiring the constant help or attendance of another person.

#### Article 17

The conditions in which periodical payments due in respect of loss of earning capacity or corresponding loss of faculty shall be reassessed, suspended or cancelled by reference to a change in the degree of loss shall be prescribed.

#### Article 18

1. The cash benefit in respect of death of the breadwinner shall be a

ci-dessus, lorsqu'il est probable que cette perte sera permanente, ou en cas de diminution correspondante de l'intégrité physique, la prestation peut prendre la forme d'un versement unique.

5. Les degrés de perte de la capacité de gain ou de diminution correspondante de l'intégrité physique visés aux paragraphes 1 et 3 du présent article seront fixés par la législation nationale de telle manière que les intéressés ne se trouvent pas dans le besoin.

#### Article 15

1. Dans des cas exceptionnels et avec l'accord de la victime, tout ou partie du paiement périodique prévu aux paragraphes 2 et 3 de l'article 14 peut être converti en un versement unique, correspondant à l'équivalent actuariel dudit paiement périodique, lorsque l'autorité compétente a des raisons de croire que la somme unique ainsi versée sera utilisée de manière particulièrement avantageuse pour la victime.

2. Lorsqu'une déclaration faite en application de l'article 2 est en vigueur et que le Membre estime qu'il ne dispose pas des moyens administratifs nécessaires pour assurer un service régulier de paiements périodiques, il pourra convertir les paiements périodiques visés aux paragraphes 2 et 3 de l'article 14 en un versement unique correspondant à l'équivalent actuariel desdits paiements périodiques calculé sur la base des données existantes.

#### Article 16

Des augmentations des paiements périodiques ou d'autres prestations spéciales ou complémentaires, selon ce qui sera prescrit, devront être prévues pour les victimes dont l'état requiert l'assistance constante d'une tierce personne.

#### Article 17

La législation nationale déterminera les conditions dans lesquelles auront lieu la révision, la suspension ou la suppression des paiements périodiques au titre de la perte de la capacité de gain ou de la diminution correspondante de l'intégrité physique, en fonction des modifications pouvant survenir dans le degré de cette perte ou de cette diminution.

#### Article 18

1. En cas de décès du soutien de famille, la prestation en espèces ga-

den in Absatz 1 dieses Artikels erwähnten vorgeschriebenen Grad überschreitet, oder bei entsprechender Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit kann die Barleistung in einer einmaligen Abfindung bestehen.

5. Die Grade des Verlustes der Erwerbsfähigkeit oder der entsprechenden Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit, auf die in den Absätzen 1 und 3 dieses Artikels Bezugs genommen wird, sind von der innerstaatlichen Gesetzgebung so vorzuschreiben, daß Härten vermieden werden.

#### Artikel 15

1. Unter außergewöhnlichen Umständen und mit Zustimmung des Verletzten kann die in Artikel 14 Absatz 2 und 3 vorgesehene regelmäßig wiederkehrende Zahlung ganz oder teilweise in eine einmalige Abfindung umgewandelt werden, die dem versicherungsmathematischen Gegenwert der wiederkehrenden Zahlung entspricht, wenn die zuständige Stelle Grund zur Annahme hat, daß eine solche Abfindung in einer für den Verletzten besonders vorteilhaften Weise verwendet wird.

2. Ist eine nach Artikel 2 abgegebene Erklärung in Kraft und glaubt das Mitglied nicht über die notwendigen Verwaltungseinrichtungen für regelmäßig wiederkehrende Zahlungen zu verfügen, so kann die in Artikel 14 Absatz 2 und 3 vorgesehene regelmäßig wiederkehrende Zahlung in eine einmalige Abfindung umgewandelt werden, die dem nach den verfügbaren Unterlagen berechneten versicherungsmathematischen Gegenwert der wiederkehrenden Zahlung entspricht.

#### Artikel 16

Verletzten, die ständig fremder Hilfe oder Betreuung bedürfen, sind, je nachdem was vorgeschrieben ist, Erhöhungen der regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen oder andere zusätzliche oder besondere Leistungen zu gewähren.

#### Artikel 17

Die innerstaatliche Gesetzgebung hat die Bedingungen vorzuschreiben, unter denen die regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen bei Verlust der Erwerbsfähigkeit oder entsprechender Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit nach Maßgabe einer etwaigen Änderung in dem Grad des Verlustes oder der Minderung neu festgestellt, zum Ruhen gebracht oder entzogen werden.

#### Artikel 18

1. Die Barleistung bei Tod des Ernährers hat in einer regelmäßig wie-

periodical payment to a widow as prescribed, a disabled and dependent widower, dependent children of the deceased and other persons as may be prescribed; this payment shall be calculated in such a manner as to comply either with the requirements of Article 19 or with the requirements of Article 20: Provided that it shall not be necessary to make provision for a benefit to a disabled and dependent widower where the cash benefits to other survivors are appreciably in excess of those required by this Convention and where social security schemes other than employment injury schemes provide to such widower benefits which are appreciably in excess of those in respect of invalidity required under the Social Security (Minimum Standards) Convention, 1952.

2. In addition, a funeral benefit shall be provided at a prescribed rate which shall not be less than the normal cost of a funeral: Provided that where cash benefits to survivors are appreciably in excess of those required by this Convention the right to funeral benefit may be made subject to prescribed conditions.

3. Where a declaration provided for in Article 2 is in force and the Member concerned considers that it lacks the necessary administrative facilities for periodical payments, the periodical payment provided for in paragraph 1 of this Article may be converted into a lump sum corresponding to the actuarial equivalent thereof, as computed on the basis of available data.

#### Article 19

1. In the case of a periodical payment to which this Article applies, the rate of the benefit, increased by the amount of any family allowances payable during the contingency, shall be such as to attain, in respect of the contingency in question, for the standard beneficiary indicated in Schedule II to this Convention, at least the percentage indicated therein of the total of the previous earnings of the beneficiary or his breadwinner and of the amount of any family allowances payable to a person protected with the same family responsibilities as the standard beneficiary.

2. The previous earnings of the beneficiary or his breadwinner shall

rantie à la veuve selon ce qui est prescrit par la législation nationale, au veuf invalide et à charge, aux enfants à charge du défunt et à toutes autres personnes qui seraient désignées par ladite législation nationale, sera un paiement périodique calculé conformément aux dispositions, soit de l'article 19, soit de l'article 20. Toutefois, une prestation au veuf invalide et à charge ne doit pas être attribuée lorsque les prestations en espèces aux autres survivants dépassent sensiblement celles prévues par la présente convention et que d'autres régimes de sécurité sociale attribuent à un tel veuf des prestations sensiblement plus élevées que celles prévues par la convention concernant la sécurité sociale (norme minimum), 1952, en matière de prestations d'invalidité.

2. En outre, une prestation sera fournie pour les frais funéraires à un taux prescrit qui ne sera pas inférieur au coût normal des funérailles; le droit à cette prestation peut toutefois être subordonné à des conditions prescrites lorsque les prestations en espèces aux survivants dépassent sensiblement celles qui sont prévues par la présente convention.

3. Lorsqu'une déclaration faite en application de l'article 2 est en vigueur et que le Membre estime qu'il ne dispose pas des moyens administratifs nécessaires pour assurer un service régulier de paiements périodiques, il pourra convertir les paiements périodiques visés au paragraphe 1 du présent article en un versement unique correspondant à l'équivalent actuariel desdits paiements périodiques calculé sur la base des données existantes.

#### Article 19

1. Pour tout paiement périodique auquel le présent article s'applique, le montant de la prestation, majoré du montant des allocations familiales servies pendant l'éventualité, devra être tel que, pour le bénéficiaire type visé au tableau II joint à la présente convention, il soit au moins égal, pour l'éventualité en question, au pourcentage indiqué dans ce tableau par rapport au total du gain antérieur du bénéficiaire ou de son soutien de famille, et du montant des allocations familiales servies à une personne protégée ayant les mêmes charges de famille que le bénéficiaire type.

2. Le gain antérieur du bénéficiaire ou de son soutien de famille sera cal-

derkehrenden, entweder nach Artikel 19 oder nach Artikel 20 berechneten Zahlung an die Witwe, wie von der innerstaatlichen Gesetzgebung vorgeschrieben, den erwerbsunfähigen und unterhaltsberechtigten Witwer, die unterhaltsberechtigten Kinder des Verstorbenen und andere Personen, die vorgeschrieben werden können, zu bestehen. Eine Leistung an den erwerbsunfähigen und unterhaltsberechtigten Witwer braucht jedoch nicht gewährt zu werden, wenn die Barleistungen an andere Hinterbliebene erheblich höher sind als die in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Barleistungen und wenn andere Systeme der Sozialen Sicherheit als die Systeme für Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten Witwern Leistungen gewähren, welche erheblich höher sind als die im Übereinkommen über Soziale Sicherheit (Mindestnormen), 1952, vorgesehenen Leistungen bei Invalidität.

2. Außerdem ist ein Sterbegeld nach einem vorgeschriebenen Satz zu zahlen, der nicht unter den üblichen Kosten einer Bestattung liegen darf; sind die Barleistungen an Hinterbliebene erheblich höher als die in diesem Übereinkommen vorgesehenen, so kann jedoch der Anspruch auf Sterbegeld von vorgeschriebenen Bedingungen abhängig gemacht werden.

3. Ist eine nach Artikel 2 abgegebene Erklärung in Kraft und glaubt das Mitglied nicht über die notwendigen Verwaltungseinrichtungen für regelmäßig wiederkehrende Zahlungen zu verfügen, so kann die in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene regelmäßig wiederkehrende Zahlung in eine einmalige Abfindung umgewandelt werden, die dem nach den verfügbaren Unterlagen berechneten versicherungsmathematischen Gegenwart der wiederkehrenden Zahlung entspricht.

#### Artikel 19

1. Bei einer regelmäßig wiederkehrenden Zahlung, auf welche dieser Artikel Anwendung findet, ist der Leistungsbetrag, erhöht um den Betrag der während der Dauer des Falls zu zahlenden Familienzulagen, wie folgt zu bemessen: Er hat für den betreffenden Fall und den in der Tabelle II zu diesem Übereinkommen bezeichneten Typus des Leistungsempfängers mindestens den in dieser Tabelle vorgesehenen Hundertsatz der Gesamtsumme aus dem früheren Verdienst des Leistungsempfängers oder seines Ernährers und den Betrag der Familienzulagen zu erreichen, die einer geschützten Person mit gleichen Familienlasten, wie sie der Typus des Leistungsempfängers hat, zu zahlen sind.

2. Der frühere Verdienst des Leistungsempfängers oder seines Ernäh-

be calculated according to prescribed rules, and, where the persons protected or their breadwinners are arranged in classes according to their earnings, their previous earnings may be calculated from the basic earnings of the classes to which they belonged.

3. A maximum limit may be prescribed for the rate of the benefit or for the earnings taken into account for the calculation of the benefit, provided that the maximum limit is fixed in such a way that the provisions of paragraph 1 of this Article are complied with where the previous earnings of the beneficiary or his breadwinner are equal to or lower than the wage of a skilled manual male employee.

4. The previous earnings of the beneficiary or his breadwinner, the wage of the skilled manual male employee, the benefit and any family allowances shall be calculated on the same time basis.

5. For the other beneficiaries the benefit shall bear a reasonable relation to the benefit for the standard beneficiary.

6. For the purpose of this Article, a skilled manual male employee shall be—

- (a) a fitter or turner in the manufacture of machinery other than electrical machinery; or
- (b) a person deemed typical of skilled labour selected in accordance with the provisions of the following paragraph; or
- (c) a person whose earnings are such as to be equal to or greater than the earnings of 75 per cent. of all the persons protected, such earnings to be determined on the basis of annual or shorter periods as may be prescribed; or
- (d) a person whose earnings are equal to 125 per cent. of the average earnings of all the persons protected.

7. The person deemed typical of skilled labour for the purpose of clause (b) of the preceding paragraph shall be a person employed in the major group of economic activities with the largest number of economically active male persons protected in the contingency in question, or of the breadwinners of the persons protected, as the case may be, in the division comprising the largest number of such persons or breadwinners; for this purpose, the international standard industrial classification of all economic activities, adopted by the Economic and Social Council of the United Nations at its Seventh Session on 27 August 1948, as amended and reproduced

culé conformément à des règles prescrites et, lorsque les personnes protégées ou leurs soutiens de famille sont répartis en classes suivant leurs gains, le gain antérieur pourra être calculé d'après les gains de base des classes auxquelles ils ont appartenu.

3. Un maximum pourra être prescrit pour le montant de la prestation ou pour le gain qui est pris en compte dans le calcul de la prestation, sous réserve que ce maximum soit fixé de telle sorte que les dispositions du paragraphe 1 du présent article soient remplies lorsque le gain antérieur du bénéficiaire ou de son soutien de famille est inférieur ou égal au salaire d'un ouvrier masculin qualifié.

4. Le gain antérieur du bénéficiaire ou de son soutien de famille, le salaire de l'ouvrier masculin qualifié, la prestation et les allocations familiales seront calculés sur les mêmes temps de base.

5. Pour les autres bénéficiaires, la prestation sera fixée de telle sorte qu'elle soit dans une relation raisonnable avec celle du bénéficiaire type.

6. Pour l'application du présent article, un ouvrier masculin qualifié sera:

- a) soit un ajusteur ou un tourneur dans l'industrie mécanique autre que l'industrie des machines électriques;
- b) soit un ouvrier qualifié type défini conformément aux dispositions du paragraphe suivant;
- c) soit une personne dont le gain est égal ou supérieur aux gains de 75 pour cent de toutes les personnes protégées, ces gains étant déterminés sur une base annuelle ou sur la base d'une période plus courte, selon ce qui sera prescrit;
- d) soit une personne dont le gain est égal à 125 pour cent du gain moyen de toutes les personnes protégées.

7. L'ouvrier qualifié type pour l'application de l'alinéa b) du paragraphe précédent sera choisi dans la classe occupant le plus grand nombre de personnes du sexe masculin protégées pour l'éventualité considérée, ou de soutiens de famille de personnes protégées, dans la branche qui occupe elle-même le plus grand nombre de ces personnes protégées ou de ces soutiens de famille; à cet effet, on utilisera la classification internationale type, par industrie, de toutes les branches d'activité économique, adoptée par le Conseil économique et social de l'Organisation des Nations Unies à sa septième session, le 27 août 1948, et qui est reproduite, sous sa

bers ist nach vorgeschriebener Regelung zu berechnen; sind die geschützten Personen oder ihre Ernährer in Verdienstklassen eingeteilt, so kann der frühere Verdienst nach den Grundverdiensten der Klassen, zu denen sie gehörten, berechnet werden.

3. Für den Leistungsbetrag oder für den bei der Berechnung dieses Betrages zugrunde gelegten Verdienst kann eine Höchstgrenze vorgeschrieben werden, vorausgesetzt, daß dabei den Bestimmungen von Absatz 1 dieses Artikels entsprochen wird, wenn der frühere Verdienst des Leistungsempfängers oder seines Ernährers nicht höher ist als der Lohn eines gelernten männlichen Arbeiters.

4. Der frühere Verdienst des Leistungsempfängers oder seines Ernährers, der Lohn des gelernten männlichen Arbeiters, die Leistung und die Familienzulagen sind auf derselben zeitlichen Grundlage zu berechnen.

5. Für die übrigen Leistungsempfänger hat die Leistung in einem angemessenen Verhältnis zu der des Typus des Leistungsempfängers zu stehen.

6. Im Sinne dieses Artikels hat als gelernter männlicher Arbeiter zu gelten

- a) ein Einrichter oder Dreher in der Maschinenbauindustrie mit Ausnahme der Elektromaschinenindustrie oder
- b) der Typus des gelernten Arbeiters nach den Bestimmungen des nachstehenden Absatzes oder
- c) eine Person, deren Verdienst nicht niedriger ist als der Verdienst von 75 vom Hundert aller geschützten Personen, wobei dieser Verdienst auf der Grundlage jährlicher oder kürzerer Zeitspannen ermittelt wird, je nachdem was vorgeschrieben ist, oder
- d) eine Person, deren Verdienst ebenso hoch ist wie 125 vom Hundert des Durchschnittsverdienstes aller geschützten Personen.

7. Als Typus des gelernten Arbeiters im Sinne von b) des vorstehenden Absatzes hat eine Person zu gelten, die in der Hauptgruppe mit der größten Zahl für den betreffenden Fall geschützter, erwerbstätiger männlicher Personen oder von Ernährern der geschützten Personen innerhalb der Abteilung tätig ist, die ihrerseits die größte Zahl solcher Personen oder Ernährer umfaßt; hierfür wird die Internationale Systematik der wirtschaftlichen Tätigkeiten zugrunde gelegt, die vom Wirtschafts- und Sozialrat der Organisation der Vereinten Nationen auf seiner siebenten Tagung am 27. August 1948 angenommen wurde und im Anhang zu diesem Über-

in the Annex to this Convention, or such classification as at any time further amended, shall be used.

8. Where the rate of benefit varies by region, the skilled manual male employee may be determined for each region in accordance with paragraphs 6 and 7 of this Article.

9. The wage of the skilled manual male employee shall be determined on the basis of the rates of wages for normal hours of work fixed by collective agreements, by or in pursuance of national laws or regulations, where applicable, or by custom, including cost-of-living allowances, if any; where such rates differ by region but paragraph 8 of this Article is not applied, the median rate shall be taken.

10. No periodical payment shall be less than a prescribed minimum amount.

#### Article 20

1. In the case of a periodical payment to which this Article applies, the rate of the benefit, increased by the amount of any family allowances payable during the contingency, shall be such as to attain, in respect of the contingency in question, for the standard beneficiary indicated in Schedule II to this Convention, at least the percentage indicated therein of the total of the wage of an ordinary adult male labourer and of the amount of any family allowances payable to a person protected with the same family responsibilities as the standard beneficiary.

2. The wage of the ordinary adult male labourer, the benefit and any family allowances shall be calculated on the same time basis.

3. For the other beneficiaries, the benefit shall bear a reasonable relation to the benefit for the standard beneficiary.

4. For the purpose of this Article, the ordinary adult male labourer shall be—

- (a) a person deemed typical of unskilled labour in the manufacture of machinery other than electrical machinery; or
- (b) a person deemed typical of unskilled labour selected in accordance with the provisions of the following paragraph.

forme révisée, en annexe à la présente convention, compte tenu de toute modification qui pourrait encore lui être apportée.

8. Lorsque les prestations varient d'une région à une autre, un ouvrier masculin qualifié pourra être choisi dans chacune des régions, conformément aux dispositions des paragraphes 6 et 7 du présent article.

9. Le salaire de l'ouvrier masculin qualifié sera déterminé sur la base du salaire pour un nombre normal d'heures de travail fixé, soit par des conventions collectives, soit, le cas échéant, par la législation nationale ou en vertu de celle-ci, soit par la coutume, y compris les allocations de vie chère s'il en est; lorsque les salaires ainsi déterminés diffèrent d'une région à l'autre et que le paragraphe 8 du présent article n'est pas appliqué, on prendra le salaire médian.

10. Aucun paiement périodique ne devra être inférieur au montant minimum prescrit.

#### Article 20

1. Pour tout paiement périodique auquel le présent article s'applique, le montant de la prestation, majoré du montant des allocations familiales servies pendant l'éventualité, devra être tel que, pour le bénéficiaire type visé au tableau II joint à la présente convention, il soit au moins égal, pour l'éventualité en question, au pourcentage indiqué dans ce tableau par rapport au total du salaire du manœuvre ordinaire adulte masculin, et du montant des allocations familiales servies à une personne protégée ayant les mêmes charges de famille que le bénéficiaire type.

2. Le salaire du manœuvre ordinaire adulte masculin, la prestation et les allocations familiales seront calculés sur les mêmes temps de base.

3. Pour les autres bénéficiaires, la prestation sera fixée de telle sorte qu'elle soit dans une relation raisonnable avec celle du bénéficiaire type.

4. Pour l'application du présent article, le manœuvre ordinaire masculin sera:

- a) soit un manœuvre type dans l'industrie mécanique autre que l'industrie des machines électriques;
- b) soit un manœuvre type défini conformément aux dispositions du paragraphe suivant.

einkommen in ihrer revidierten Fassung wiedergegeben ist, unter Berücksichtigung aller späteren Änderungen.

8. Haben die Leistungen eine nach Gebieten unterschiedliche Höhe, so kann der gelernte männliche Arbeiter nach den Bestimmungen der Absätze 6 und 7 dieses Artikels für jedes Gebiet bestimmt werden.

9. Der Lohn des gelernten männlichen Arbeiters ist auf der Grundlage der Lohnsätze für die durch Gesamtarbeitsverträge oder gegebenenfalls von oder auf Grund der innerstaatlichen Gesetzgebung oder durch Gewohnheit festgelegte normale Arbeitszeit zu ermitteln unter Einbeziehung etwaiger Teuerungszulagen; haben diese Lohnsätze eine nach Gebieten unterschiedliche Höhe und findet Absatz 8 dieses Artikels keine Anwendung, so ist der mittlere Lohn zugrunde zu legen.

10. Keine regelmäßig wiederkehrende Zahlung darf geringer sein als der vorgeschriebene Mindestbetrag.

#### Artikel 20

1. Bei einer regelmäßig wiederkehrenden Zahlung, auf welche dieser Artikel Anwendung findet, ist der Leistungsbetrag, erhöht um den Betrag der während der Dauer des Falls zu zahlenden Familienzulagen, wie folgt zu bemessen: Er hat für den betreffenden Fall und den in der Tabelle II zu diesem Übereinkommen bezeichneten Typus des Leistungsempfängers mindestens den in dieser Tabelle vorgesehenen Hundertsatz der Gesamtsumme aus dem Lohn eines gewöhnlichen erwachsenen männlichen ungelerten Arbeiters und dem Betrag der Familienzulagen zu erreichen, die einer geschützten Person mit gleichen Familienlasten, wie sie der Typus des Leistungsempfängers hat, zu zahlen sind.

2. Der Lohn des gewöhnlichen erwachsenen männlichen ungelerten Arbeiters, die Leistung und die Familienzulagen sind auf derselben zeitlichen Grundlage zu berechnen.

3. Für die übrigen Leistungsempfänger hat die Leistung in einem angemessenen Verhältnis zu der des Typus des Leistungsempfängers zu stehen.

4. Im Sinne dieses Artikels hat als gewöhnlicher erwachsener männlicher ungelerner Arbeiter zu gelten

- a) der Typus des ungelerten Arbeiters in der Maschinenbauindustrie mit Ausnahme der Elektromaschinenindustrie oder
- b) der Typus des ungelerten Arbeiters nach den Bestimmungen des nachstehenden Absatzes.

5. The person deemed typical of unskilled labour for the purpose of clause (b) of the preceding paragraph shall be a person employed in the major group of economic activities with the largest number of economically active male persons protected in the contingency in question, or of the breadwinners of the persons protected, as the case may be, in the division comprising the largest number of such persons or breadwinners; for this purpose the international standard industrial classification of all economic activities, adopted by the Economic and Social Council of the United Nations at its Seventh Session on 27 August 1948, as amended and reproduced in the Annex to this Convention, or such classification as at any time further amended, shall be used.

6. Where the rate of benefit varies by region, the ordinary adult male labourer may be determined for each region in accordance with paragraphs 4 and 5 of this Article.

7. The wage of the ordinary adult male labourer shall be determined on the basis of the rates of wages for normal hours of work fixed by collective agreements, by or in pursuance of national laws or regulations, where applicable, or by custom, including cost-of-living allowances if any; where such rates differ by region but paragraph 6 of this Article is not applied, the median rate shall be taken.

8. No periodical payment shall be less than a prescribed minimum amount.

#### Article 21

1. The rates of cash benefits currently payable pursuant to paragraphs 2 and 3 of Article 14 and paragraph 1 of Article 18 shall be reviewed following substantial changes in the general level of earnings where these result from substantial changes in the cost of living.

2. Each Member shall include the findings of such reviews in its reports upon the application of this Convention submitted under Article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation, and shall specify any action taken.

#### Article 22

1. A benefit to which a person protected would otherwise be entitled in compliance with this Convention may

5. Le manœuvre type pour l'application de l'alinéa b) du paragraphe précédent sera choisi dans la classe occupant le plus grand nombre de personnes du sexe masculin protégées pour l'éventualité considérée, ou de soutiens de famille de personnes protégées, dans la branche qui occupe elle-même le plus grand nombre de ces personnes protégées ou de ces soutiens de famille; à cet effet, on utilisera la classification internationale type, par industrie, de toutes les branches d'activité économique, adoptée par le Conseil économique et social de l'Organisation des Nations Unies à sa septième session, le 27 août 1948, et qui est reproduite, sous sa forme révisée, en annexe à la présente convention, compte tenu de toute modification qui pourrait encore lui être apportée.

6. Lorsque les prestations varient d'une région à une autre, un manœuvre ordinaire adulte masculin pourra être choisi dans chacune des régions, conformément aux dispositions des paragraphes 4 et 5 du présent article.

7. Le salaire du manœuvre ordinaire adulte masculin sera déterminé sur la base du salaire pour un nombre normal d'heures de travail fixé, soit par des conventions collectives, soit, le cas échéant, par la législation nationale ou en vertu de celle-ci, soit par la coutume, y compris les allocations de vie chère s'il en est; lorsque les salaires ainsi déterminés diffèrent d'une région à l'autre et que le paragraphe 6 du présent article n'est pas appliqué, on prendra le salaire médian.

8. Aucun paiement périodique ne devra être inférieur au montant minimum prescrit.

#### Article 21

1. Les montants des paiements périodiques en cours visés aux paragraphes 2 et 3 de l'article 14 et au paragraphe 1 de l'article 18 seront révisés à la suite de variations sensibles du niveau général des gains qui résultent de variations sensibles du coût de la vie.

2. Tout Membre doit signaler les conclusions tirées de ces révisions dans les rapports sur l'application de la présente convention qu'il est tenu de présenter en vertu de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, et indiquer quelle action a été entreprise à cet égard.

#### Article 22

1. Une prestation à laquelle une personne protégée aurait eu droit en application de la présente convention

5. Als Typus des ungelernten Arbeiters im Sinne von b) des vorstehenden Absatzes hat eine Person zu gelten, die in der Hauptgruppe mit der größten Zahl für den betreffenden Fall geschützter erwerbstätiger männlicher Personen oder von Ernährern der geschützten Personen innerhalb der Abteilung beschäftigt ist, die ihrerseits die größte Zahl solcher Personen oder Ernährern umfaßt; hierfür wird die Internationale Systematik der wirtschaftlichen Tätigkeiten zugrunde gelegt, die vom Wirtschafts- und Sozialrat der Organisation der Vereinten Nationen auf seiner siebenten Tagung am 27. August 1948 angenommen wurde und im Anhang zu diesem Übereinkommen in ihrer revidierten Fassung wiedergegeben ist, unter Berücksichtigung aller späteren Änderungen.

6. Haben die Leistungen eine nach Gebieten unterschiedliche Höhe, so kann der gewöhnliche erwachsene männliche ungelernete Arbeiter nach den Bestimmungen der Absätze 4 und 5 dieses Artikels für jedes Gebiet bestimmt werden.

7. Der Lohn des gewöhnlichen erwachsenen männlichen ungelerneten Arbeiters ist auf der Grundlage der Lohnsätze für die durch Gesamtarbeitsverträge oder gegebenenfalls von oder auf Grund der innerstaatlichen Gesetzgebung oder durch Gewohnheit festgelegte normale Arbeitszeit zu ermitteln unter Einbeziehung etwaiger Teuerungszulagen; haben diese Lohnsätze eine nach Gebieten unterschiedliche Höhe und findet Absatz 6 dieses Artikels keine Anwendung, so ist der mittlere Lohn zugrunde zu legen.

8. Keine regelmäßig wiederkehrende Zahlung darf geringer sein als der vorgeschriebene Mindestbetrag.

#### Artikel 21

1. Die Beträge der in Artikel 14 Absatz 2 und 3 und in Artikel 18 Absatz 1 erwähnten laufenden regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen sind nach erheblichen Änderungen in der allgemeinen Verdiensthöhe, die sich aus erheblichen Änderungen in den Lebenshaltungskosten ergeben, zu überprüfen.

2. Jedes Mitglied hat die Ergebnisse dieser Überprüfungen in seinen nach Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vorzulegenden Berichten über die Durchführung dieses Übereinkommens mitzuteilen und anzugeben, welche Maßnahmen in dieser Hinsicht getroffen worden sind.

#### Artikel 22

1. Eine Leistung, auf die eine geschützte Person in Anwendung dieses Übereinkommens Anspruch hätte, kann

be suspended to such extent as may be prescribed—

- (a) as long as the person concerned is absent from the territory of the Member;
- (b) as long as the person concerned is maintained at public expense or at the expense of a social security institution or service;
- (c) where the person concerned has made a fraudulent claim;
- (d) where the employment injury has been caused by a criminal offence committed by the person concerned;
- (e) where the employment injury has been caused by voluntary intoxication or by the serious and wilful misconduct of the person concerned;
- (f) where the person concerned, without good cause, neglects to make use of the medical care and allied benefits or the rehabilitation services placed at his disposal, or fails to comply with rules prescribed for verifying the occurrence or continuance of the contingency or for the conduct of beneficiaries; and
- (g) as long as the surviving spouse is living with another person as spouse.

2. In the cases and within the limits prescribed, part of the cash benefit otherwise due shall be paid to the dependants of the person concerned.

#### Article 23

1. Every claimant shall have a right of appeal in the case of refusal of the benefit or complaint as to its quality or quantity.

2. Where in the application of this Convention a government department responsible to a legislature is entrusted with the administration of medical care, the right of appeal provided for in paragraph 1 of this Article may be replaced by a right to have a complaint concerning the refusal of medical care or the quality of the care received investigated by the appropriate authority.

3. Where a claim is settled by a special tribunal established to deal with employment injury benefit questions or with social security questions

peut être suspendue dans une mesure qui peut être prescrite:

- a) aussi longtemps que l'intéressé ne se trouve pas sur le territoire du Membre;
- b) aussi longtemps que l'intéressé est entretenu sur des fonds publics ou aux frais d'une institution ou d'un service de sécurité sociale;
- c) lorsque l'intéressé a essayé frauduleusement d'obtenir la prestation en question;
- d) lorsque l'accident du travail ou la maladie professionnelle a été provoqué par un crime ou un délit commis par l'intéressé;
- e) lorsque l'accident du travail ou la maladie professionnelle a été causé par l'absorption volontaire de substances toxiques ou a été provoqué par une faute grave et intentionnelle de l'intéressé;
- f) lorsque l'intéressé néglige sans raison valable d'utiliser les soins médicaux et services connexes, ainsi que les services de rééducation qui sont à sa disposition, ou n'observe pas les règles prescrites pour la vérification de l'existence de l'éventualité ou pour la conduite des bénéficiaires de prestations;
- g) aussi longtemps que le conjoint survivant vit en concubinage.

2. Dans les cas et dans les limites qui sont prescrits, une partie des prestations en espèces qui auraient été normalement allouées sera servie aux personnes à la charge de l'intéressé.

#### Article 23

1. Tout requérant doit avoir le droit de former appel en cas de refus de la prestation ou de contestation sur la qualité ou la quantité de celle-ci.

2. Lorsque, dans l'application de la présente convention, l'administration des soins médicaux est confiée à un département gouvernemental responsable devant un parlement, le droit d'appel prévu au paragraphe 1 du présent article peut être remplacé par le droit de faire examiner par l'autorité compétente toute réclamation visant le refus des soins médicaux ou la qualité des soins médicaux reçus.

3. Lorsque les requêtes sont portées devant des tribunaux spécialement établis pour traiter les questions de prestations en cas d'accidents du tra-

in einem vorgeschriebenen Ausmaß ruhen,

- a) solange die betreffende Person sich außerhalb des Gebietes des Mitglieds aufhält;
- b) solange der Unterhalt der betreffenden Person aus öffentlichen Mitteln oder von einer Einrichtung oder einem Dienst der Sozialen Sicherheit bestritten wird;
- c) wenn die betreffende Person durch Betrug versucht hat, diese Leistung zu erhalten;
- d) wenn der Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit von dem Verletzten durch ein von ihm begangenes Verbrechen oder Vergehen herbeigeführt worden ist;
- e) wenn der Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit durch die freiwillige Einnahme berauschender Mittel oder durch eine grobe und vorsätzliche Verfehlung der betreffenden Person herbeigeführt worden ist;
- f) wenn die betreffende Person es ohne triftigen Grund unterläßt, von der ärztlichen Betreuung und den damit zusammenhängenden Leistungen oder den ihr zur Verfügung gestellten Einrichtungen für die berufliche Nach- und Umschulung Gebrauch zu machen, oder die für die Nachprüfung des Bestehens des Falls oder für das Verhalten der Leistungsempfänger vorgeschriebene Regelung nicht befolgt; und
- g) solange der überlebende Ehegatte in eheähnlicher Gemeinschaft mit einer anderen Person lebt.

2. Ein Teil der Barleistungen, die sonst zu zahlen gewesen wären, ist jedoch in den vorgeschriebenen Fällen und innerhalb der vorgeschriebenen Grenzen an die unterhaltsberechtigten Angehörigen der betreffenden Person zu zahlen.

#### Artikel 23

1. Jedem Antragsteller ist das Recht einzuräumen, ein Rechtsmittel einzulegen, falls die Leistung abgelehnt oder ihre Art oder ihr Ausmaß strittig wird.

2. Wird bei der Anwendung dieses Übereinkommens die ärztliche Betreuung von einer einem Parlament verantwortlichen Regierungsstelle durchgeführt, so kann an die Stelle des in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Rechtes auf Einlegung eines Rechtsmittels das Recht treten, eine Beschwerde über die Ablehnung der ärztlichen Betreuung oder die Art der erhaltenen Betreuung der zuständigen Stelle zur Prüfung zu unterbreiten.

3. Werden Ansprüche bei einem zur Behandlung von Fragen in bezug auf Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten oder Fragen der

in general and on which the persons protected are represented, no right of appeal shall be required.

## Article 24

1. Where the administration is not entrusted to an institution regulated by the public authorities or to a government department responsible to a legislature, representatives of the persons protected shall participate in the management, or be associated therewith in a consultative capacity, under prescribed conditions; national legislation may likewise decide as to the participation of representatives of employers and of the public authorities.

2. The Member shall accept general responsibility for the proper administration of the institutions or services concerned in the application of this Convention.

## Article 25

Each Member shall accept general responsibility for the due provision of the benefits provided in compliance with this Convention and shall take all measures required for this purpose.

## Article 26

1. Each Member shall, under prescribed conditions—

- (a) take measures to prevent industrial accidents and occupational diseases;
- (b) provide rehabilitation services which are designed to prepare a disabled person wherever possible for the resumption of his previous activity, or, if this is not possible, the most suitable alternative gainful activity, having regard to his aptitudes and capacity; and
- (c) take measures to further the placement of disabled persons in suitable employment.

2. Each Member shall as far as possible furnish in its reports upon the application of this Convention submitted under article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation information concerning the frequency and severity of industrial accidents.

## Article 27

Each Member shall within its territory assure to non-nationals equality

vail et de maladies professionnelles ou de sécurité sociale en général, et au sein desquels les personnes protégées sont représentées, le droit d'appel peut n'être pas accordé.

## Article 24

1. Lorsque l'administration n'est pas assurée par une institution réglementée par les autorités publiques ou par un département gouvernemental responsable devant un parlement, des représentants des personnes protégées doivent participer à l'administration ou y être associées avec pouvoir consultatif dans les conditions prescrites; la législation nationale peut aussi prévoir la participation de représentants des employeurs et des autorités publiques.

2. Le Membre doit assumer une responsabilité générale pour la bonne administration des institutions et services qui concourent à l'application de la présente convention.

## Article 25

Tout Membre assumera une responsabilité générale en ce qui concerne le service des prestations attribuées en application de la présente convention et devra prendre toutes mesures utiles à cet effet.

## Article 26

1. Tout Membre doit, dans les conditions prescrites:

- a) prendre des mesures de prévention contre les accidents du travail et les maladies professionnelles;
- b) prévoir des services de rééducation qui devraient préparer l'invalidé, dans tous les cas où cela est possible, à reprendre son activité antérieure ou, si cela n'est pas possible, à exercer une autre activité lucrative qui convienne le mieux possible à ses aptitudes et capacités;
- c) prendre des mesures tendant à faciliter le placement des invalides dans un emploi approprié.

2. Tout Membre doit fournir autant que possible, dans les rapports sur l'application de la présente convention qu'il est tenu de présenter en vertu de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, des informations concernant la fréquence et la gravité des accidents du travail.

## Article 27

Tout Membre doit assurer, sur son territoire, aux non-nationaux l'égalité

Sozialen Sicherheit im allgemeinen gebildeten besonderen Gericht geltend gemacht, in dem die geschützten Personen vertreten sind, so braucht kein Recht auf Rechtsmittel eingeräumt zu werden.

## Artikel 24

1. Wird die Verwaltung nicht von einer nach Weisungen der Behörden tätigen Einrichtung oder von einer einem Parlament verantwortlichen Regierungsstelle wahrgenommen, so sind unter den vorgeschriebenen Voraussetzungen Vertreter der geschützten Personen an der Verwaltung zu beteiligen oder ihr in beratender Eigenschaft beizuordnen; die innerstaatliche Gesetzgebung kann auch die Mitwirkung von Vertretern der Arbeitgeber und der Behörden vorsehen.

2. Das Mitglied hat die allgemeine Verantwortung für die einwandfreie Verwaltung der Einrichtungen oder Dienste zu übernehmen, die bei der Durchführung des Übereinkommens mitwirken.

## Artikel 25

Jedes Mitglied hat die allgemeine Verantwortung für die Gewährung der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Leistungen zu übernehmen und alle hierfür erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

## Artikel 26

1. Jedes Mitglied hat unter vorgeschriebenen Bedingungen

- a) Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zu treffen;
- b) Einrichtungen zur beruflichen Wiedereingliederung bereitzustellen, die dazu bestimmt sind, den Verletzten, wo immer es möglich ist, für die Wiederaufnahme seiner früheren Tätigkeit oder, wenn dies nicht möglich ist, für eine andere Erwerbstätigkeit vorzubereiten, die seiner Eignung und seinen Fähigkeiten am besten entspricht;
- c) Maßnahmen zu treffen, um die Vermittlung einer geeigneten Beschäftigung für Verletzte zu erleichtern.

2. Jedes Mitglied hat nach Möglichkeit in seinen nach Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vorzulegenden Berichten über die Durchführung dieses Übereinkommens Auskünfte über die Häufigkeit und Schwere von Arbeitsunfällen zu geben.

## Artikel 27

Jedes Mitglied hat innerhalb seines Staatsgebietes Ausländern in bezug

of treatment with its own nationals as regards employment injury benefits.

## Article 28

1. This Convention revises the Workmen's Compensation (Agriculture) Convention, 1921, the Workmen's Compensation (Accidents) Convention, 1925, the Workmen's Compensation (Occupational Diseases) Convention, 1925, and the Workmen's Compensation (Occupational Diseases) Convention (Revised), 1934.

2. Ratification of this Convention by a Member which is a party to the Workmen's Compensation (Occupational Diseases) Convention (Revised), 1934, shall, in accordance with Article 8 thereof, *ipso jure* involve the immediate denunciation of that Convention, if and when this Convention shall have come into force, but the coming into force of this Convention shall not close that Convention to further ratification.

## Article 29

In conformity with Article 75 of the Social Security (Minimum Standards) Convention, 1952, Part VI of that Convention and the relevant provisions of other Parts thereof shall cease to apply to any Member having ratified this Convention as from the date at which this Convention comes into force for that Member, but acceptance of the obligations of this Convention shall be deemed to constitute acceptance of the obligations of Part VI of the Social Security (Minimum Standards) Convention, 1952, and the relevant provisions of other Parts thereof, for the purpose of Article 2 of the said Convention.

## Article 30

If any Convention which may be adopted subsequently by the Conference concerning any subject or subjects dealt with in this Convention so provides, such provisions of this Convention as may be specified in the said Convention shall cease to apply to any Member having ratified the said Convention as from the date at which the said Convention comes into force for that Member.

## Article 31

1. The International Labour Conference may, at any session at which

de traitement avec ses propres ressortissants, en ce qui concerne les prestations en cas d'accidents du travail et de maladies professionnelles.

## Article 28

1. La présente convention revise la convention sur la réparation des accidents du travail (agriculture), 1921, la convention sur la réparation des accidents du travail, 1925, la convention sur les maladies professionnelles, 1925, et la convention (révisée) des maladies professionnelles, 1934.

2. La ratification de la présente convention par un Membre partie à la convention (révisée) des maladies professionnelles, 1934, impliquera la dénonciation de plein droit de ce dernier instrument, conformément à l'article 8 dudit instrument, lorsque la présente convention sera entrée en vigueur. Toutefois, l'entrée en vigueur de la présente convention ne ferme pas la convention (révisée) des maladies professionnelles, 1934, à une ratification ultérieure.

## Article 29

Conformément à l'article 75 de la convention concernant la sécurité sociale (norme minimum), 1952, la partie VI et les dispositions correspondantes d'autres parties de ladite convention cessent de s'appliquer à tout Membre qui ratifie la présente convention dès la date à laquelle la présente convention entre en vigueur pour ledit Membre. Toutefois, l'acceptation des obligations de la présente convention est considérée comme constituant, aux fins de l'article 2 de la convention concernant la sécurité sociale (norme minimum), 1952, une acceptation des obligations de la partie VI et des dispositions correspondantes d'autres parties de ladite convention.

## Article 30

Lorsqu'il en sera ainsi disposé dans une convention adoptée ultérieurement par la Conférence et portant sur une ou plusieurs matières traitées par la présente convention, les dispositions de celle-ci qui seront spécifiées dans la convention nouvelle cesseront de s'appliquer à tout Membre ayant ratifié cette dernière dès la date de son entrée en vigueur pour ledit Membre.

## Article 31

1. La Conférence internationale du Travail peut, à toute session où la

auf Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten Gleichbehandlung mit seinen eigenen Staatsangehörigen zu gewähren.

## Artikel 28

1. Dieses Übereinkommen ändert das Übereinkommen über die Entschädigung bei Betriebsunfällen (Landwirtschaft), 1921, das Übereinkommen über die Entschädigung bei Betriebsunfällen, 1925, das Übereinkommen über die Berufskrankheiten, 1925, und das Abgeänderte Übereinkommen über die Berufskrankheiten, 1934.

2. Die Ratifikation dieses Übereinkommens durch ein Mitglied, das das Abgeänderte Übereinkommen über die Berufskrankheiten, 1934, ratifiziert hat, schließt nach Artikel 8 des genannten Übereinkommens ohne weiteres dessen sofortige Kündigung in sich, sobald das vorliegende Übereinkommen in Kraft getreten ist. Das Inkrafttreten des vorliegenden Übereinkommens schließt jedoch weitere Ratifikationen des genannten Übereinkommens nicht aus.

## Artikel 29

Nach Artikel 75 des Übereinkommens über Soziale Sicherheit (Mindestnormen), 1952, verlieren die Bestimmungen von Teil VI sowie die entsprechenden Bestimmungen anderer Teile jenes Übereinkommens gegenüber jedem Mitglied, welches dieses Übereinkommen ratifiziert hat, ihre Wirksamkeit von dem Zeitpunkt an, in dem dieses Übereinkommen für das betreffende Mitglied in Kraft tritt. Die Annahme der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen gilt jedoch für die Zwecke des Artikels 2 des Übereinkommens über Soziale Sicherheit (Mindestnormen), 1952, als Annahme der Verpflichtungen aus Teil VI und der entsprechenden Bestimmungen anderer Teile des genannten Übereinkommens.

## Artikel 30

Enthält ein Übereinkommen, das später von der Konferenz angenommen wird und sich auf einen oder mehrere der im vorliegenden Übereinkommen behandelten Gegenstände bezieht, eine dahingehende Bestimmung, so verlieren die Bestimmungen des vorliegenden Übereinkommens, die in dem neuen Übereinkommen angeführt werden, gegenüber jedem Mitglied, welches das neue Übereinkommen ratifiziert hat, ihre Wirksamkeit von dem Zeitpunkt an, in dem das neue Übereinkommen für das betreffende Mitglied in Kraft tritt.

## Artikel 31

1. Die Internationale Arbeitskonferenz kann auf jeder Tagung, bei der

the matter is included in its agenda, adopt by a two-thirds majority amendments to Schedule I to this Convention.

2. Such amendments shall take effect in respect of any Member already a party to the Convention when such Member notifies the Director-General of the International Labour Office of its acceptance thereof.

3. Unless the Conference otherwise decides when adopting an amendment, an amendment shall be effective, by reason of its adoption by the Conference, in respect of any Member subsequently ratifying the Convention.

#### Article 32

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

#### Article 33

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

#### Article 34

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

#### Article 35

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour

question est inscrite à son ordre du jour, adopter à la majorité des deux tiers des amendements au tableau I joint à la présente convention.

2. Ces amendements porteront leurs effets à l'égard des Membres déjà parties à la convention dès que ceux-ci auront notifié au Directeur général du Bureau international du Travail qu'ils les acceptent.

3. A moins que la Conférence n'en décide autrement au moment de l'adoption de tels amendements, ceux-ci porteront leurs effets, du simple fait de leur adoption par la Conférence, à l'égard de tout Membre ratifiant la convention ultérieurement.

#### Article 32

Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

#### Article 33

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

#### Article 34

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

#### Article 35

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation

diese Frage auf ihrer Tagesordnung steht, mit Zweidrittelmehrheit Abänderungen der Tabelle I zu diesem Übereinkommen beschließen.

2. Solche Abänderungen treten für ein Mitglied, welches das Übereinkommen bereits ratifiziert hat, in Kraft, sobald es dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes deren Annahme mitteilt.

3. Sofern die Konferenz bei der Annahme einer Abänderung nichts anderes beschließt, ist jede Abänderung auf Grund ihrer Annahme durch die Konferenz für jedes Mitglied verbindlich, das in der Folge das Übereinkommen ratifiziert.

#### Artikel 32

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

#### Artikel 33

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

#### Artikel 34

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

#### Artikel 35

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Ar-

Organisation of the registration of all ratifications and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second ratification communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

#### Article 36

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with article 102 of the Charter of the United Nations full particulars of all ratifications and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding Articles.

#### Article 37

At such times as it may consider necessary the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall examine the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

#### Article 38

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides—

- (a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall *ipso jure* involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 34 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;
- (b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

#### Article 39

The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.

internationale du Travail l'enregistrement de toutes les ratifications et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation.

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

#### Article 36

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies, aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

#### Article 37

Chaque fois qu'il le jugera nécessaire, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail présentera à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et examinera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa révision totale ou partielle.

#### Article 38

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant révision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

- a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant révision, entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 34 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant révision soit entrée en vigueur;
- b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant révision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant révision.

#### Article 39

Les versions française et anglaise du texte de la présente convention font également foi.

beitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

#### Artikel 36

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

#### Artikel 37

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

#### Artikel 38

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 34, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

#### Artikel 39

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

**Schedule I**  
**List of Occupational Diseases**

Occupational diseases	Work involving exposure to risk
1. Pneumoconioses caused by sclerogenetic mineral dust (silicosis, anthraco-silicosis, asbestosis) and silico-tuberculosis provided that silicosis is an essential factor in causing the resultant incapacity or death.	All work involving exposure to the risk concerned.
2. Diseases caused by beryllium or its toxic compounds.	"
3. Diseases caused by phosphorus or its toxic compounds.	"
4. Diseases caused by chrome or its toxic compounds.	"
5. Diseases caused by manganese or its toxic compounds.	"
6. Diseases caused by arsenic or its toxic compounds.	"
7. Diseases caused by mercury or its toxic compounds.	"
8. Diseases caused by lead or its toxic compounds.	"
9. Diseases caused by carbon bisulphide.	"
10. Diseases caused by the toxic halogen derivatives of hydrocarbons of the aliphatic series.	"
11. Diseases caused by benzene or its toxic homologues.	"
12. Diseases caused by nitro- and amido-toxic derivatives of benzene or its homologues.	"
13. Diseases caused by ionising radiations.	All work involving exposure to the action of ionising radiations.
14. Primary epitheliomatous cancer of the skin caused by tar, pitch, bitumen, mineral oil, anthracene, or the compounds, products or residues of these substances.	All work involving exposure to the risks concerned.
15. Anthrax infection.	Work in connection with animals infected with anthrax. Handling of animal carcasses or parts of such carcasses including hides, hoofs and horns. Loading and unloading or transport of merchandise which may have been contaminated by animals or animal carcasses infected with anthrax.

**Schedule II**  
**Periodical Payments to Standard Beneficiaries**

Contingency	Standard beneficiary	Percentage
1. Temporary or initial incapacity for work	Man with wife and two children	60
2. Total loss of earning capacity or corresponding loss of faculty	Man with wife and two children	60
3. Death of breadwinner	Widow with two children	50

**Tableau I**  
**Liste des maladies professionnelles**

Maladies professionnelles	Travaux exposant au risque
1. Pneumoconioses causées par des poussières minérales sclérogènes (silicose, anthracosilicose, asbestose) et silico-tuberculose pour autant que la silicose est une cause déterminante de l'incapacité ou de la mort.	Tous travaux exposant au risque considéré.
2. Maladies causées par le béryllium (glucinium) ou ses composés toxiques.	"
3. Maladies causées par le phosphore ou ses composés toxiques.	"
4. Maladies causées par le chrome ou ses composés toxiques.	"
5. Maladies causées par le manganèse ou ses composés toxiques.	"
6. Maladies causées par l'arsenic ou ses composés toxiques.	"
7. Maladies causées par le mercure ou ses composés toxiques.	"
8. Maladies causées par le plomb ou ses composés toxiques.	"
9. Maladies causées par le sulfure de carbone.	"
10. Maladies causées par les dérivés halogénés toxiques des hydrocarbures de la série grasse.	"
11. Maladies causées par le benzène ou ses homologues toxiques.	"
12. Maladies causées par les dérivés nitrés et aminés toxiques du benzène ou de ses homologues.	"
13. Maladies causées par les radiations ionisantes.	Tous travaux exposant à l'action des radiations ionisantes.
14. Epithéliomas primitifs de la peau causés par le goudron, le brai, le bitume, les huiles minérales, l'anthracène ou les composés, produits ou résidus de ces substances.	Tous travaux exposant aux risques considérés.
15. Infection charbonneuse.	Travaux entraînant un contact avec des animaux charbonneux. Manipulation de débris animaux. Chargement, déchargement ou transport de marchandises susceptibles d'avoir été souillées par des animaux ou des débris animaux infectés.

**Tableau II**  
**Paiements périodiques aux bénéficiaires types**

Eventualité	Bénéficiaire type	Pourcentage
1. Incapacité temporaire de travail ou incapacité de travail se trouvant dans sa phase initiale.	Homme ayant une épouse et deux enfants.	60
2. Perte totale de la capacité de gain ou diminution correspondante de l'intégrité physique.	Homme ayant une épouse et deux enfants.	60
3. Décès du soutien de famille.	Veuve ayant deux enfants.	50

**Tabelle I**  
**Liste der Berufskrankheiten**

Berufskrankheiten	Arbeiten, bei denen die Gefahr einer Erkrankung besteht
1. Durch sklerogen wirkenden Mineralstaub verursachte Staublungenerkrankungen (Silikose, Anthrakosilikose, Asbestose) und Silikotuberkulose, sofern die Silikose eine entscheidende Ursache der Arbeitsunfähigkeit oder des Todes ist.	Alle Arbeiten, bei denen die Gefahr einer solchen Erkrankung besteht.
2. Durch Beryllium oder seine toxischen Verbindungen verursachte Erkrankungen.	"
3. Durch Phosphor oder seine toxischen Verbindungen verursachte Erkrankungen.	"
4. Durch Chrom oder seine toxischen Verbindungen verursachte Erkrankungen.	"
5. Durch Mangan oder seine toxischen Verbindungen verursachte Erkrankungen.	"
6. Durch Arsen oder seine toxischen Verbindungen verursachte Erkrankungen.	"
7. Durch Quecksilber oder seine toxischen Verbindungen verursachte Erkrankungen.	"
8. Durch Blei oder seine toxischen Verbindungen verursachte Erkrankungen.	"
9. Durch Schwefelkohlenstoff verursachte Erkrankungen.	"
10. Durch die toxischen Halogenderivate der Kohlenwasserstoffe der Fettreihe verursachte Erkrankungen.	"
11. Durch Benzol oder seine toxischen Homologen verursachte Erkrankungen.	"
12. Durch die toxischen Nitro- oder Aminoderivate von Benzol oder seine Homologen verursachte Erkrankungen.	"
13. Durch ionisierende Strahlen verursachte Erkrankungen.	Alle Arbeiten, bei denen Personen der Einwirkung ionisierender Strahlen ausgesetzt sind.
14. Durch Teer, Pech, Erdpech, Mineralöle, Anthrazen oder Verbindungen, Produkte oder Rückstände dieser Stoffe verursachter primärer Hautkrebs.	Alle Arbeiten, bei denen die Gefahr einer solchen Erkrankung besteht.
15. Ansteckung durch Milzbrand.	Arbeiten bei milzbrandverseuchten Tieren. Behandlung von Tierleichen oder tierischen Abfällen. Ein- und Ausladen sowie Beförderung von Waren, die möglicherweise durch milzbrandverseuchte Tiere oder Tierleichen verseucht worden sind.

**Tabelle II**  
**Regelmäßig wiederkehrende Zahlungen  
an Typen der Leistungsempfänger**

Fall	Typus des Leistungsempfängers	vom Hundert
1. Vorübergehende oder beginnende Arbeitsunfähigkeit	Mann mit Ehefrau und zwei Kindern	60
2. Völliger Verlust der Erwerbsfähigkeit oder entsprechende Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit	Mann mit Ehefrau und zwei Kindern	60
3. Tod des Ernährers	Witwe mit zwei Kindern	50

<b>Annex</b>		<b>Annexe</b>		<b>Anhang</b>	
<b>International Standard Industrial Classification of all Economic Activities</b>		<b>Classification internationale type, par industrie, de toutes les branches d'activité économique</b>		<b>Internationale Systematik der wirtschaftlichen Tätigkeiten</b>	
(Revised 1958)		(Revisée en 1958)		(Revidiert 1958)	
List of Divisions and Major Groups		Nomenclature des Branches et des Classes		Verzeichnis der Abteilungen und Hauptgruppen	
Major group	Division	Classe	Branche	Hauptgruppe	Abteilung
	<b>Division 0</b>		<b>Branche 0</b>		<b>Abteilung 0</b>
	Agriculture, Forestry, Hunting and Fishing		Agriculture, sylviculture, chasse et pêche		Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei
01.	Agriculture.	01.	Agriculture.	01.	Landwirtschaft
02.	Forestry and logging.	02.	Sylviculture et exploitation forestière.	02.	Forstwirtschaft und Waldnutzung
03.	Hunting, trapping and game propagation.	03.	Chasse, piégeage et repeuplement en gibier.	03.	Jagd, Fallenstellerei und Wildhege
04.	Fishing.	04.	Pêche.	04.	Fischerei
	<b>Division 1</b>		<b>Branche 1</b>		<b>Abteilung 1</b>
	Mining and Quarrying		Industries extractives		Industrien zur Gewinnung von Rohstoffen
11.	Coal mining.	11.	Extraction du charbon.	11.	Kohlenbergbau
12.	Metal mining.	12.	Extraction des minerais métalliques.	12.	Metallbergbau
13.	Crude petroleum and natural gas.	13.	Pétrole brut et gaz naturel.	13.	Erdöl- und Erdgasgewinnung
14.	Stone quarrying, clay and sand pits.	14.	Extraction de la pierre à bâtir, de l'argile et du sable.	14.	Stein-, Ton- und Sandgewinnung
19.	Other non-metallic mining and quarrying.	19.	Extraction d'autres minéraux non métalliques.	19.	Gewinnung sonstiger nicht-metallischer Mineralien
	<b>Divisions 2—3</b>		<b>Branches 2 et 3</b>		<b>Abteilung 2—3</b>
	Manufacturing		Industries manufacturières		Verarbeitende Industrien
20.	Food manufacturing industries, except beverage industries.	20.	Industries alimentaires, à l'exclusion de la fabrication des boissons.	20.	Nahrungsmittelindustrie, mit Ausnahme der Getränkeindustrie
21.	Beverage industries.	21.	Fabrication des boissons.	21.	Getränkeindustrie
22.	Tobacco manufacturers.	22.	Industrie du tabac.	22.	Tabakindustrie
23.	Manufacture of textiles.	23.	Industrie textile.	23.	Textilindustrie
24.	Manufacture of footwear, other wearing apparel and made-up textile goods.	24.	Fabrication des chaussures et articles d'habillement et confection d'ouvrages divers en tissu.	24.	Herstellung von Schuhen, Bekleidungsgegenständen und anderen Gegenständen aus Textilien
25.	Manufacture of wood and cork, except manufacture of furniture.	25.	Industrie du bois et du liège, à l'exclusion de l'industrie du meuble.	25.	Holz- und Korkindustrie, mit Ausnahme der Möbelindustrie
26.	Manufacture of furniture and fixtures.	26.	Industrie du meuble.	26.	Möbelindustrie und Schreinerei
27.	Manufacture of paper and paper products.	27.	Industrie du papier et fabrication des articles en papier.	27.	Papierindustrie und Papierwarenindustrie
28.	Printing, publishing and allied industries.	28.	Imprimerie, édition et industries annexes.	28.	Druck- und Verlagsgewerbe und verwandte Gewerbe
29.	Manufacture of leather, and leather and fur products, except footwear and other wearing apparel.	29.	Industrie du cuir, des fourrures et des articles en cuir et en fourrure, à l'exclusion des chaussures et autres articles d'habillement.	29.	Lederindustrie und Lederwaren- und Pelzwarenindustrie, mit Ausnahme der Herstellung von Schuhen und anderen Bekleidungsgegenständen
30.	Manufacture of rubber products.	30.	Industrie du caoutchouc.	30.	Kautschukindustrie
31.	Manufacture of chemicals and chemical products.	31.	Industrie chimique.	31.	Chemische Industrie
32.	Manufacture of products of petroleum and coal.	32.	Industrie des dérivés du pétrole et du charbon.	32.	Industrie der Erdöl- und Kohlenderivate

33. Manufacture of non-metallic mineral products, except products of petroleum and coal.	33. Industrie des produits minéraux non métalliques, à l'exclusion des dérivés du pétrole et du charbon.	33. Verarbeitung nichtmetallischer Mineralien, mit Ausnahme der Erdöl- und Kohlanderivate
34. Basic metal industries.	34. Industrie métallurgique de base.	34. Metallurgische Grundindustrien
35. Manufacture of metal products, except machinery and transport equipment.	35. Fabrication des ouvrages en métaux, à l'exclusion des machines et du matériel de transport.	35. Herstellung von Metallwaren, mit Ausnahme von Maschinen- und Transportmaterial
36. Manufacture of machinery, except electrical machinery.	36. Construction de machines, à l'exclusion des machines électriques.	36. Maschinenbauindustrie, mit Ausnahme der Elektromaschinenindustrie
37. Manufacture of electrical machinery, apparatus, appliances and supplies.	37. Construction de machines, appareils et fournitures électriques.	37. Herstellung von elektrischen Maschinen, Elektroapparaten, Elektrogeräten und Elektrozubehör
38. Manufacture of transport equipment.	38. Construction de matériel de transport.	38. Herstellung von Transportmaterial
39. Miscellaneous manufacturing industries.	39. Industries manufacturières diverses.	39. Verschiedene verarbeitende Industrien
Division 4 Construction	Branche 4 Bâtiment et travaux publics	Abteilung 4 Baugewerbe und öffentliche Arbeiten
40. Construction.	40. Bâtiment et travaux publics.	40. Baugewerbe und öffentliche Arbeiten
Division 5 Electricity, Gas, Water and Sanitary Services	Branche 5 Électricité, gaz, eau et services sanitaires	Abteilung 5 Elektrizität, Gas, Wasser und sanitäre Anlagen
51. Electricity, gas and steam.	51. Électricité, gaz et vapeur.	51. Elektrizität, Gas, Dampf
52. Water and sanitary services.	52. Services des eaux et services sanitaires.	52. Wasserversorgung und sanitäre Anlagen
Division 6 Commerce	Branche 6 Commerce, banque, assurance, affaires immobilières	Abteilung 6 Handel, Banken, Versicherungen, Immobilien­geschäfte
61. Wholesale and retail trade.	61. Commerce de gros et de détail.	61. Groß- und Einzelhandel
62. Banks and other financial institutions.	62. Banques et autres établissements financiers.	62. Banken und andere Finanzinstitute
63. Insurance.	63. Assurances.	63. Versicherungen
64. Real estate.	64. Affaires immobilières.	64. Immobilien­geschäfte
Division 7 Transport, Storage and Communication	Branche 7 Transports, entrepôts et communications	Abteilung 7 Transportwesen, Lagerung und Verkehrswesen
71. Transport.	71. Transports.	71. Transportwesen
72. Storage and warehousing.	72. Entrepôts et magasins.	72. Lagerung
73. Communication.	73. Communications.	73. Verkehrswesen
Division 8 Services	Branche 8 Services	Abteilung 8 Dienstleistungen
81. Government services.	81. Services gouvernementaux.	81. Verwaltung
82. Community services.	82. Services fournis à la collectivité.	82. Dienstleistungen für die Öffentlichkeit
83. Business services.	83. Services fournis aux entreprises.	83. Dienstleistungen für Geschäftsbetriebe
84. Recreation services.	84. Services récréatifs.	84. Dienstleistungen für Freizeitgestaltung
85. Personal services.	85. Services personnels.	85. Persönliche Dienstleistungen
Division 9 Activities Not Adequately Described	Branche 9 Activités mal désignées	Abteilung 9 Ungenügend umschriebene Tätigkeiten
90. Activities not adequately described.	90. Activités mal désignées.	90. Ungenügend umschriebene Tätigkeiten

## Denkschrift zum Übereinkommen

### I. Allgemeines

Das Übereinkommen Nr. 121 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten — im folgenden „Übereinkommen“ genannt — wurde am 8. Juli 1964 von der Allgemeinen Konferenz der IAO angenommen und ist am 28. Juli 1967 in Kraft getreten.

Bis zum 1. Juni 1970 ist es von 10 Staaten (Belgien, Finnland, Guinea, Irland, Jugoslawien, Kongo [Demokratische Republik], den Niederlanden, Senegal, Schweden und Zypern) ratifiziert worden.

Das Übereinkommen soll einen ausreichenden Schutz gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten gewährleisten. Die Entwicklung der Sozialen Sicherheit hat dazu geführt, daß die von der IAO in den Jahren 1921 bis 1934 angenommenen Übereinkommen Nr. 12 über Entschädigung bei Betriebsunfällen, Nr. 17 über die Entschädigung bei Betriebsunfällen, Nr. 18 über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten und Nr. 42 über Berufskrankheiten weitgehend überholt sind. Das neue Übereinkommen zieht daraus die Schlußfolgerungen. Die Vorschriften des Übereinkommens sind zu einem großen Teil den entsprechenden Bestimmungen des Übereinkommens Nr. 102 über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit von 1952, das am 21. Februar 1959 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten ist, nachgebildet. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen Nr. 102 in bezug auf alle Zweige der Sozialen Sicherheit ratifiziert (vgl. Bundesgesetzbl. II 1957 S. 1321). Dementsprechend überläßt das Übereinkommen es jedem Mitgliedstaat, die Systeme und Methoden für die Leistungsgewährung frei zu wählen, sofern nur die Leistungen insgesamt in Höhe und Umfang den im Übereinkommen vorgeschriebenen Anforderungen genügen.

Das Übereinkommen tritt für die Staaten, die es ratifizieren, an die Stelle der entsprechenden Teile des Übereinkommens Nr. 102.

### II. Besonderes

Artikel 2 trägt den besonderen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer Rechnung.

Artikel 3 erlaubt den Mitgliedstaaten, bestimmte Berufsgruppen von dem Übereinkommen auszunehmen. Auf diese Weise ist die Möglichkeit geschaffen, deren besonderer beruflicher Stellung und den damit verbundenen besonderen Schutzformen Rechnung zu tragen.

Im deutschen öffentlichen Dienst werden von dem Übereinkommen nur die Arbeiter und Angestellten betroffen. Für Beamte gilt das Übereinkommen nicht, da diese keine Arbeitnehmer im Sinne des Übereinkommens sind.

Artikel 4 Abs. 2 enthält von dem Grundsatz in Artikel 4 Abs. 1, wonach alle Arbeitnehmer zu schützen sind, Ausnahmen. Damit ist es den Mitgliedstaaten ermöglicht, Sonderfällen in gewissem Rahmen Rechnung zu tragen.

Die Mitgliedstaaten können weiterhin bestimmen, welche Gruppen von Hinterbliebenen zu schützen sind.

Nach Artikel 6 haben die gedeckten Fälle zu umfassen:

- a) einen Krankheitszustand;
  - in der Bundesrepublik wird bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten Krankenbehandlung gewährt (§§ 557, 558, 559 RVO);
- b) Arbeitsunfähigkeit, die sich aus einem Krankheitszustand ergibt und Verdienstentgang zur Folge hat;
  - in der Bundesrepublik wird einem Verletzten für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit Verletztengeld gewährt, soweit er Arbeitsentgelt nicht erhält (§ 560 RVO);
- c) völligen Verlust der Erwerbsfähigkeit oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit über einen vorgeschriebenen Grad hinaus, wenn dieser völlige oder teilweise Verlust voraussichtlich dauernd ist;
  - in der Bundesrepublik wird bei vollem Verlust oder teilweisem (mindestens 20 v. H.) Verlust der Erwerbsfähigkeit eine Rente gewährt, wenn die Erwerbsunfähigkeit über die 13. Woche hinaus andauert (§§ 580, 581 RVO);
- d) Verlust der Unterhaltsmittel, den vorgeschriebene Gruppen von Leistungsempfängern durch den Tod des Ernährers erleiden;
  - in der Bundesrepublik erhält die Witwe oder der Witwer eine Witwen- oder Witwerrente (§§ 590, 593 RVO). Ferner wird Waisenrente (§ 595 RVO) und Elternrente (§ 596 RVO) gewährt.

Nach Artikel 7 sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, eine Begriffsbestimmung des „Arbeitsunfalls“ vorzuschreiben. In der Bundesrepublik ist eine Beschreibung des Arbeitsunfalls in §§ 548 bis 554 RVO vorgenommen. Unter welchen Voraussetzungen ein Unfall auf dem Weg zur Arbeit als Arbeitsunfall anzusehen ist, regelt § 550 RVO.

In Artikel 8 sind den Mitgliedstaaten verschiedene Möglichkeiten zur Bestimmung der Berufskrankheiten zur Wahl gestellt. In der Bundesrepublik ist die Möglichkeit nach Artikel 8 Unterabsatz c auf Grund des § 551 RVO in Verbindung mit der 7. Berufskrankheiten-Verordnung (Bundesgesetzbl. I 1968 S. 721) in einer dem Übereinkommen entsprechenden Weise verwirklicht.

In Artikel 9 wird die Gewährung von ärztlicher Betreuung und damit zusammenhängenden Leistungen und von Barleistungen nach vorgeschriebenen Bedingungen an geschützte Personen vorgeschrieben. Absatz 3 schreibt vor, daß die Leistungen während der ganzen Dauer des Falles zu zahlen sind.

In der Bundesrepublik ist nicht die im Unterabsatz 3 genannte Karenzzeit vorgeschrieben. Gemäß § 560 RVO ist Verletztengeld von dem Tage an zu gewähren, an dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird.

Die Artikel 10, 11 und 12 regeln den Umfang der ärztlichen Betreuung und der damit zusammenhängenden Leistungen und stellen Bedingungen für diese Leistungsgewährungen auf.

Diese Bestimmungen stimmen beinahe wörtlich mit den entsprechenden Vorschriften des Übereinkommens Nr. 102 überein. Sie werden hier allerdings ergänzt durch die Verpflichtung zur Notbehandlung bei schweren Unfällen und zur Nachbehandlung Leichtverletzter am Arbeitsplatz.

Die Bestimmungen der Artikel 13 bis 21 regeln die Barleistungen. Die Artikel 13 und 14 bestimmen, daß die Barleistungen grundsätzlich in wiederkehrenden Zahlungen zu bestehen haben. Artikel 14 Abs. 4 und Artikel 15 enthalten Ausnahmen von diesem Grundsatz. Artikel 14 Abs. 4 erlaubt die Abfindung bei kleinen Dauerrenten. Bei den übrigen Renten ist eine Abfindung nur zulässig, wenn außergewöhnliche Umstände gegeben sind, die Zustimmung des Verletzten vorliegt und wenn die zuständige Stelle Grund zur Annahme hat, daß die Abfindung in einer für den Verletzten besonders vorteilhaften Weise verwendet wird (Artikel 15 Abs. 1).

Soweit § 616 Abs. 1 RVO den Verletzten betrifft, verstößt er gegen Artikel 15 Abs. 1. Der Träger der Unfallversicherung kann nach jener Bestimmung einen Verletzten, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland aufgibt oder sich gewöhnlich im Ausland aufhält, abfinden, ohne daß die Einholung von dessen Zustimmung erforderlich ist. Die Bundesrepublik ist daher verpflichtet, die Vorschrift in § 616 Abs. 1 RVO bei der Ratifikation so zu ändern, daß sie Artikel 15 Abs. 1 entspricht. Das erfolgt, indem bei gewöhnlichem Auslandsaufenthalt der Berechtigte nach der geänderten Fassung von § 616 Abs. 1 RVO nur abgefunden werden darf, wenn er zustimmt.

In Artikel 18 Abs. 1 werden die Gruppen von Hinterbliebenen aufgezählt, denen Barleistungen zu gewährt sind.

Für die Berechnung der regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen enthalten die Bestimmungen der Artikel 19 und 20 ins einzelne gehende Regelungen. Sie entsprechen denen des Übereinkommens Nr. 102. Sie enthalten Bestimmungen für den Typus des gelernten und des ungelernten Arbeiters. Die in der Tabelle II aufgeführten Mindestsätze liegen jedoch über den entsprechenden Sätzen des Übereinkommens Nr. 102. Diese in dem Übereinkommen Nr. 121 erhöhten Sätze machen jedoch keine Änderung der deutschen Gesetzgebung notwendig.

Während der Arbeitsunfähigkeit erhält ein Verletzter Verletztengeld. Das Verletztengeld bemißt sich nach den Vorschriften über Krankenversicherung. Das Krankengeld beträgt nach § 182 Abs. 4 RVO 65 v. H. des Regellohnes. Hat der Verletzte eine Ehefrau und zwei unterhaltsberechtigende Kinder, so erhöht es sich um 10 v. H. auf 75 v. H. Die Artikel 19 und 20 fordern in Verbindung mit Liste II aber nur 60 v. H. des Typenlohnes.

Bei völligem und dauerndem Verlust der Erwerbsfähigkeit erhält der Verletzte nach § 581 RVO 66 $\frac{1}{3}$  v. H. des Jahresarbeitsverdienstes. Erhält er keine

Rente aus der Rentenversicherung, so erhöht sich die Verletztenrente um 10 v. H. Für jedes Kind wird zusätzlich eine Kinderzulage gezahlt. Die Artikel 19 und 20 fordern in Verbindung mit Liste II bei einem Mann mit Ehefrau und zwei Kindern 60 v. H. des Typenlohnes.

Eine Witwe mit zwei Kindern erhält nach §§ 590 Abs. 2, 595 RVO 80 v. H. des Jahresarbeitsverdienstes. Gefordert sind im Übereinkommen Nr. 121 aber nur 50 v. H. des Typenlohnes.

Artikel 21 bestimmt, daß die Höhe der Barleistungen nachgeprüft werden soll, wenn erhebliche Änderungen der Lebenshaltungskosten zu einer wesentlichen Änderung der allgemeinen Verdiensthöhe geführt haben. Dieser Forderung wird durch die Vorschrift in § 579 RVO entsprochen.

Artikel 22 enthält einen Katalog von Fällen, in denen ein an sich bestehender Leistungsanspruch ruhen kann, soweit das innerstaatliche Recht die erforderlichen Bestimmungen trifft. Diese Vorschrift lehnt sich eng an Artikel 69 des Übereinkommens Nr. 102 an.

Die in Artikel 23 enthaltene Regelung über die Möglichkeit einer Rechtsmitteleinlegung ist unverändert aus dem Übereinkommen Nr. 102 (Artikel 70) übernommen.

Das gleiche gilt für die Bestimmungen der Artikel 24 und 25, die Artikel 72 und 71 Abs. 3 des Übereinkommens Nr. 102 entsprechen.

Jeder Mitgliedstaat hat nach Artikel 26 unter vorgeschriebenen Bedingungen Unfallverhütungsmaßnahmen zu treffen, Einrichtungen zur Wiedereingliederung bereitzustellen sowie die Vermittlung einer geeigneten Beschäftigung für verletzte Personen zu fördern. Dieser Bestimmung wird die deutsche Gesetzgebung gerecht (vgl. §§ 546, 567 RVO).

Artikel 27 fordert die Gleichbehandlung der Ausländer mit den eigenen Staatsangehörigen bei Leistungen auf Grund von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten innerhalb des Staatsgebietes.

Die Artikel 28 und 29 enthalten Bestimmungen, in denen die Änderung, Kündigung und Außerkraftsetzung älterer Übereinkommen, soweit sie die gleichen Sachgebiete wie das Übereinkommen Nr. 121 betreffen, geregelt ist.

Artikel 30 sieht die Möglichkeit der Abänderung des Übereinkommens Nr. 121 durch spätere Übereinkommen vor.

Artikel 31 enthält Sondervorschriften zur Abänderung der Tabelle I, welche die Berufskrankheiten aufzählt. Ziel der Vorschrift ist es, die genannte Tabelle auf dem Stand der Entwicklung von Technik und Medizin zu halten.

Die Artikel 32 bis 39 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen. Sie regeln u. a. das der Internationalen Arbeitsorganisation gegenüber zu beobachtende Verfahren bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden, den Geltungsbereich des Übereinkommens, den Zeitpunkt des Inkrafttretens sowie die Kündigung des Übereinkommens.

## Anlage 2

**Stellungnahme des Bundesrates****1. Zu den Eingangsworten**

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:“.

**Begründung**

Durch das Gesetz soll § 616 Abs. 1 RVO förmlich geändert werden. Diese Vorschrift ist durch ein Zustimmungsgesetz neu gefaßt worden. Das Ratifikationsgesetz bedarf daher ebenfalls der Zustimmung des Bundesrates.

**2. Zu Artikel 4**

a) Es ist folgender Absatz 1 a einzufügen:

„(1 a) Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Annahme von Abänderungen der Tabelle I zu dem Übereinkommen gemäß dessen Artikel 31 dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes mitzuteilen.“

b) Absatz 2 ist wie folgt zu fassen:

„(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 33 Abs. 3 und Abänderungen der Tabelle I für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.“

Begründung zu a) und b)

Im Hinblick auf die in Artikel 31 des Übereinkommens vorgesehene Möglichkeit, die Tabelle I betreffend die Berufskrankheiten in der Zukunft abzuändern, bedarf es für die in Artikel 31 Abs. 2 vorgesehene Annahmemitteilung gegenüber dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes einer Ermächtigung des Gesetzgebers.

Die Neufassung des Absatzes 2 soll sicherstellen, daß auch künftige Abänderungen der Tabelle I im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden.

### Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung nimmt zu den Änderungsvorschlägen des Bundesrates wie folgt Stellung:

#### Zu 1. (Einleitungsworte)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt. Die Bundesregierung vertritt in ständiger Praxis die Auffassung, daß ein Gesetz nicht schon deshalb der Zustimmung des Bundesrates bedarf, weil es ein Gesetz ausdrücklich ändert, das mit Zustimmung des Bundesrates ergangen ist. Die Zustimmung ist vielmehr nur dann erforderlich, wenn das Änderungsgesetz selbst einen Tatbestand erfüllt, der die Zustimmungsbedürftigkeit auslöst. Das ist hier nicht der Fall.

#### Zu 2. (zu Artikel 4)

Die Bundesregierung hält das Anliegen des Bundesrates für berechtigt. Sie ist jedoch der Auffassung, daß eine ihr erteilte Ermächtigung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften (§ 551 RVO) verknüpft sein sollte. Das bedeutet, daß dann, wenn eine Krankheit noch nicht in der innerstaatlichen Liste

der Berufskrankheiten enthalten ist, diese Liste durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates der Tabelle I — Liste der Berufskrankheiten — zum Übereinkommen angepaßt werden muß, bevor eine Annahme von Abänderungen der Tabelle I durch die Bundesrepublik Deutschland in Betracht kommt.

Die Bundesregierung schlägt daher statt der vom Bundesrat vorgeschlagenen Vorschrift folgenden neuen Artikel 2 vor:

„Die Bundesregierung wird ermächtigt, Abänderungen der Tabelle I — Liste der Berufskrankheiten — zu dem Übereinkommen nach dessen Artikel 31 anzunehmen, sofern diese dem innerstaatlichen Recht (§ 551 Abs. 1 Satz 2 Reichsversicherungsordnung) entsprechen. Diese Änderungen sowie der Tag ihres Inkrafttretens für die Bundesrepublik Deutschland sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.“

Die Zählung der nachfolgenden Artikel ändert sich entsprechend.

